

BULLETIN

NUMMER 3 | September 2016



-
- * 6 Atomausstieg - Darum geht es bei der Abstimmung *
 - * 10 Rotkreuz - Wilder Westen in Zugs Westen *
 - * 14 Referendum - Sturm der Entrüstung *
 - * 20 Flucht - Zwischenstation Gubel *
 - * 22 Verkehr - Zug ist ideal für Einbahn *
-

2

3 Editorial

Schnurren oder fauchen?

4 Gemeindeexekutive

Keine Gespenster sehen

6 Atomausstieg

Darum geht es bei der Abstimmung

10 Rotkreuz

Wilder Westen in Zugs Westen

11 Regierungsrat

Was Zug bereichert

12 Kantonsrat

Regieren, nicht verwalten

14 Referendum

Sturm der Entrüstung

16 Unternehmenssteuerreform

Nein zum Bschiss!

18 Junge Alternative

Sparopfer Jugend

19 Wettbewerbsfähigkeit

Tiefe Steuern nicht entscheidend

20 Flucht

Zwischenstation Gubel

22 Verkehr

Zug ist ideal für Einbahn

24 Bahninfrastruktur

Am Scheideweg

25 Frontal

26 Service

Präsidium

Kino

Veranstaltung

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – Grünes Forum Hünenberg

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Umschlagillustration: Hartes Pflaster.
Es wird gespart. Haben Sie es gesehen?
Grün kämpft sich durch! Klein, aber grün, also lebendig.

Schnurren oder fauchen?

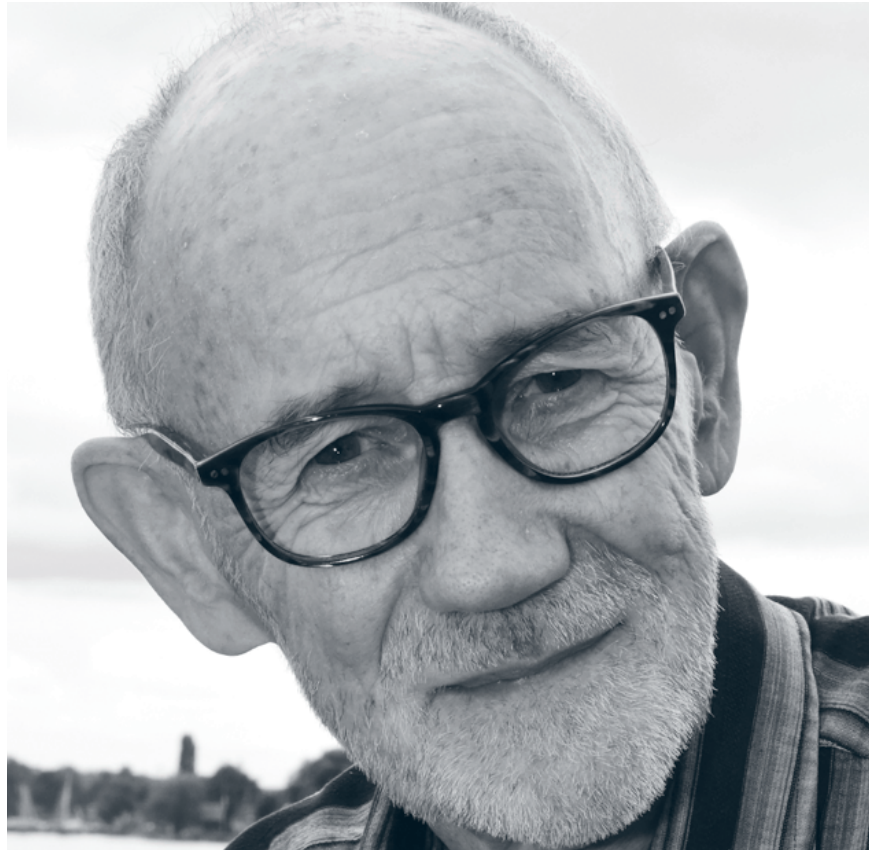
Text Hansruedi Küttel
Bild Paula Gisler

Die Katze liegt unter dem Redaktionstisch, jedoch nicht so gelassen wie auch schon. Ein fremder Geruch erfordert Aufmerksamkeit. Ein Neuer sitzt am Tisch. Was will der hier?

Die Redaktion braucht Mitarbeitende. Jemand kam auf die Idee, mich vorzuschlagen. Obwohl ich bei der letzten Nummer erst als Schnupperlehrling dabei sein wollte, erschien mein Name bereits im Impressum. Und jetzt sitze ich mit dem Team am Tisch und wir bauen miteinander das Bulletin 3/2016. Spannend.

Erfahrung als Redaktor durfte ich bereits während einiger Jahre bei der «mänziger zytig» sammeln, einerseits als Redaktionsmitglied, andererseits als Nummernkoordinator abwechselnd mit Tony Mehr. Nach einem Lebensabschnitt von fünf Jahren in Frankreich verschlug es mich wieder nach Zug. Bei einem zufälligen Zusammentreffen wollte mich Dana irgendwo als Rechnungsrevisor engagieren. Auf meine Antwort «Lieber Buchstaben als Zahlen» reagierte sie blitzartig: «Bulletin!»

Meine politische Erfahrung: Ich will handeln, realisieren. Ich begann in Zug bei der CSV (heute CSP), weil ich damals keine Energie hatte, um eine eigene Partei zu gründen. Mein Ziel waren Treffpunkte für Jugendarbeit, mit Gleichgesinnten konnte ich einen Trägerverein gründen, das zjt aufbauen, das Jugendzentrum (heute i45) realisieren, während einiger Jahre die Jugendbeiz Chaotikum begleiten und den Start der Jugendanimation jaz miterleben. Parallel dazu versuchte ich in meiner Wohngemeinde etwas zu bewirken. In Neuheim erlebte ich eine Feuer- taufe als Exekutivmitglied, kaum gewählt, wurde mir die Wohnung gekündigt. Der Vermieter duldete nur FDP. Später in Menzingen



arbeitete ich mit in verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen, natürlich auch in der Betriebskommission Jugendtreff. Beruflich komme ich aus der technischen Ecke, habe Lernende bei Landis&Gyr, später bei Siemens und BERUF ZUG ausgebildet und für einzelne Fächer an der Berufsschule in Zug unterrichtet. Umschulungen innerhalb der Firma sowie Abendkurse mit Erwachsenen und einzelne Fächer an der Technikerschule in Zug gaben mir Gelegenheit, auch mit Erwachsenen zu arbeiten. Für die Informatik-Berufsbildung war ich auch in verschiedenen nationalen Organisationen aktiv. Privat habe ich mit einer aktiven und engagierten Frau während 10 Jahren unseres Lebens eine Grossfamilie auf einem Bauernhof

mit vielen Pflegekindern geführt, aber auch während weiteren 35 Jahren viel erlebt und realisiert. Jetzt als Rentner und Witwer erlebe ich wieder einen neuen Lebensabschnitt, ich bin gespannt, was da alles auf mich zukommt. Was auf Sie zukommt, liebe Leserinnen und Leser: Das Bulletin Nr. 3/2016. Das Umschlagsbild zeigt schon ein Hauptthema, «Hartes Pflaster». Nicht nur das gegen die ziellose Sparwut ergriffene Referendum, auch andere kommende Abstimmungen lieferten uns Themen für fundierte Beiträge kompetenter Autorinnen und Autoren. Auch das bereits in der letzten Nummer behandelte Thema Flucht beschäftigt uns alle weiter, diesmal stellen wir dazu den Kanton Zug in den Vordergrund. ■

Keine Gespenster sehen

Interview von Hansruedi Küttel
Bild Paula Gisler

4 **Das BULLETIN hat ein Interview mit Vroni Straub-Müller durchgeführt. Sie ist Stadträtin und Kantonsrätin. In der Funktion als Kantonsrätin ist sie in der Fraktion der Alternativen-CSP. Unser letztes Interview mit ihr fand im Jahre 2011 statt. Höchste Zeit, dass wir sie wieder einmal befragen, um zu erfahren, was sie und ihr Departement bewegt.**

BULLETIN: Wie funktioniert das, wenn du gleichzeitig Stadträtin und Kantonsrätin bist?

Vroni Straub: Im Grossen und Ganzen gut! Für mich eigentlich ein grosses Plus, dass ich bei verschiedenen Themen bereits durch die Arbeit in der Legislative erfahre (und mitreden kann!), was in welche Richtung läuft, was ich also später als Stadträtin werde umsetzen müssen. Ich beschäftige mich so schon früh mit dem Thema, kann meine Anliegen einbringen und erarbeite mir ein «Vorwissen», das mir dann die Umsetzung in der Exekutive erleichtern wird.

Sicher passiert es gelegentlich, dass ich mich frage, ob ich etwas nun als Kantonsrätin betrachtet habe oder bereits mit den Gedanken bei der Umsetzung war, also als Vertreterin der Stadt Zug mitdiskutiert habe. Ein gewisser Zwiespalt kann da sichtbar werden, bisher ergab sich aber noch kaum ein Problem daraus. Die Kombination der Tätigkeiten als KR und SR nehme ich also mehrheitlich als wertvoll wahr.

BULLETIN: Die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat sind nicht mehr dieselben wie in deiner ersten Legislaturperiode. Wie zeigt sich das nun in der laufenden Arbeit?

Vroni Straub: Die leider nur vier Jahre dauernde linke Mehrheit hat der Stadt Zug gut getan. Wir konnten einigen linken Anliegen (2000-Watt-Initiative/Wohnen in Zug für Alle usw.) zum Durchbruch verhelfen. Mit der «linken Mehrheit» war es angenehm, zu wissen, dass es ohne grössere Probleme klappen wird, mein Geschäft durchzubringen. Andererseits waren da aber auch sehr hohe

Erwartungen der «Linken» spürbar, man könne nun alles realisieren. Heute muss ich für jedes Geschäft kämpfen. Wenn ich aber gut vorbereitet und überzeugt in die Sitzung gehe, kann ich eine Mehrheit erreichen.

BULLETIN: Wie ist das eigentlich, als einzige Frau im Kollegium zu wirken?

Vroni Straub: Die Meinung der Frau interessiert die vier, bzw. fünf Männer. Ich werde gehört und empfinde mich durch und durch als ein gleichwertiges Mitglied der Regierung. Ich freue mich sogar, wenn meine Kollegen ab und zu vergessen, mir die Tür aufzuhalten. Als Stadträtin und Vorsteherin des Bildungsdepartementes werde ich von den andern ernst genommen. Das verlangt aber natürlich auch, dass ich meinerseits die Vorlagen der anderen Ratsmitglieder ernsthaft studiere. So komme ich meist auf eine Wochenarbeitszeit von wesentlich mehr als 45 Stunden! Und in der «Freizeit» bin ich für die Bürgerinnen und Bürger dann auch immer noch die Stadträtin, der man Fragen stellen kann oder Anliegen mitgeben will.

BULLETIN: Im Gegensatz zur Arbeit in der Exekutive hast du im Kantonsrat noch den Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion. Schauen diese dir besonders aufmerksam auf die Finger?

Vroni Straub: Da musst du die Leute der Fraktion fragen. Aber auch als Stadträtin bin ich in die Fraktion der Alternativen-CSP des Grossen Gemeinderates eingebunden. Die beiden Fraktionen sind mir sehr wichtig – sie sind fast etwas politische Heimat. Ich

erlebe die Zusammenarbeit als ausgezeichnet, der Austausch innerhalb der Fraktion ist fruchtbar und gibt mir oft auch Inputs für die Arbeit im Stadtrat. Die Fraktion im KR unterstützt mich, trägt mich auch, wenn ich mich bei einem Geschäft wegen meiner Doppelrolle der Stimme enthalte. Als Vertreterin einer kleinen Partei bin ich froh um die breiteren, bereichernden Diskussionen in der Fraktion.

BULLETIN: Wie geschieht der Austausch mit der Parteibasis der CSP?

Vroni Straub: Da die CSP eine kleine Gruppierung ist, erhalte ich von dort neben den direkten Kontakten mit den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der CSP wenig Inputs. Nichtsdestotrotz wird bei uns an den wenigen Anlässen im Jahr (GV, Parolenfassungen, Samichlauchhock) rege politisiert. Diskussionsbedarf besteht für mich vor allem bei familienpolitischen Themen. Beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf bin ich wohl eher etwas progressiver als die CSP-Basis.

BULLETIN: Was läuft da in nächster Zeit?

Vroni Straub: Die Angebote der familienergänzenden Betreuung sind in Bewegung. In der Stadt Zug prüfen wir einen Systemwechsel von der objektbezogenen Unterstützung (Geld von Stadt an Kitas) zu subjektbezogenen Beiträgen (Gutscheine von Stadt an Familien). Mit dem Systemwechsel erwarten wir eine Vergrösserung des Angebotes an Betreuungsplätzen, wie das auch in anderen Gemeinden und Kantonen zu beobachten war. Die Qualitätskontrolle würde sichergestellt durch Auflagen bei der Erteilung von Betriebsbewilligungen. Es ist wichtig, die heutige hohe Qualität der Kitas auch in Zukunft zu erhalten.

BULLETIN: Nach der Kita-Zeit kommen die Schule und die schulergän-

zende Betreuung. Stimmen hier die Angebote und Kapazitäten?

Vroni Straub: Im Prinzip ja. Schule und Betreuung gehört heute zusammen. Doch bei jedem nötigen Austausch gehen wieder alle Diskussionen von vorne los. Wir haben für die familienergänzende Betreuung keinen gesetzlichen Auftrag, es ist also eine freiwillige Leistung der Stadt. Eine Verankerung auf Gesetzesstufe ist dringend nötig.

BULLETIN: Und weiter bei der Schule, da ist sicher Lehrplan 21 ein grosses Thema?

Vroni Straub: Der Lehrplan 21 ist für unsere Schule kein Gespenst, wir packen das entspannt an. Es ist ein wichtiges Projekt in den kommenden Monaten und Jahren. An seiner Sitzung vom 1. April 2015 entschied der Bildungsrat des Kantons Zug den Lehrplan 21 auf das Schuljahr 2019/20 in Kraft zu setzen.

Meiner Meinung nach handelt es sich beim Lehrplan nicht um eine Schulreform, sondern um ein notwendiges Leitwerk. Der Lehrplan 21 orientiert sich am Bestehenden und fasst zusammen, was die Volksschule auf Grund der gesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten Jahren bereits angepasst hat. Er legt die Ziele für den Unterricht auf allen Stufen der Volksschule fest und ist eine Weiterentwicklung der bisherigen Lehrpläne. Im Kanton Zug ist das Verständnis für einen kompetenzorientierten Unterricht schon gut implementiert. Durch das Qualitätsmanagement «Gute Schulen» und die Beurteilungsphilosophie «Beurteilen und Fördern» sind bereits zwei wichtige kompetenzorientierte Schulentwicklungsschwerpunkte umgesetzt. Mit der Neugestaltung des 9. Schuljahres wird dieser Kurs nachdrücklich weiterverfolgt. Es gibt deshalb für die Einführung des Lehrplans 21 keinen Paradigmenwechsel für die Gestaltung des Unterrichts. Zum ersten Mal wird in 21 Deutschschwei-



Vroni Straub-Müller an ihrem Arbeitsplatz.

zer Kantonen ein verbindlicher Rahmen für die Volksschule gesetzt. Es ist ein Harmonisierungsprozess, der nicht zur Vereinheitlichung der Schweizer Schullandschaft führt. Die einzelnen Kantone regeln nach wie vor, wie sie die Ziele erreichen wollen. Und die Verantwortung dafür, wie die Ziele erreicht werden, liegt bei den Lehrpersonen. Der Lehrplan 21 ist die Richtschnur für die Inhalte. Verantwortungsstarke, initiative und kreative Lehrkräfte werden ihn umsetzen. Und als Schulpräsidentin will ich diesen Lehrpersonen den Rücken stärken.

BULLETIN: Was ausser Lehrplan 21 beschäftigt dich als Leiterin der städtischen Schulen?

Vroni Straub: Die Infrastruktur für die Schule! Die Schülerzahlen steigen, die Infrastruktur (Schulraum)

hält nicht Schritt. Müssen wir wirklich die Kinder in Baracken oder Containern unterbringen, weil wir uns «richtige» Schulhausbauten ersparen wollen? Für mich ist das eine der grossen Herausforderungen und Aufgabe in nächster Zeit!

BULLETIN: Ich höre SPAREN.

Vroni Straub: Mit dem Titel «Sparen und verzichten» haben wir in der Stadt Zug jetzt eine grosse Sparübung abgeschlossen. Ich hoffe, wir dürfen uns nun wieder unserer Arbeit für die Zukunft von Zug zuwenden, bevor eine nächste Spardiskussion losgetreten wird. Wollen wir wirklich überall Innovation blockieren, nur damit wir uns brüsten können, wir hätten gespart?

BULLETIN: Danke Vroni für das klare Schlusswort! ■

Darum geht es bei der Abstimmung

Claudio Meisser, dipl. El. Ing. ETH/SIA, Cham
Bilder BULLETIN

6 Der Bundesrat und die Mehrheit unserer Parlamentarier wollen sich weder für definierte Abschalttermine noch für das vom ENSI (Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat) vorgeschlagene Langzeitbetriebskonzept festlegen. Sie wollen den Betreiber der Atomkraftwerke solange zulassen, wie der Betreiber deren Sicherheit gewährleistet. Die von 37 Verbänden und Organisationen unterstützte Ausstiegsinitiative fordert hingegen eine maximale Laufzeit von 45 Jahren und hat zur Folge, dass die AKW gemäss Tabelle 1 abgeschaltet werden müssen.

Tabelle 1			
Reaktor	Leistung	Inbetriebnahme	Ausserbetriebnahme
Beznau I	365 Megawatt	1969	2017
Beznau II	365 Megawatt	1972	2017
Mühleberg	373 Megawatt	1972	2017
Gösgen	1010 Megawatt	1979	2024
Leibstadt	1275 Megawatt	1984	2029

Bei den ersten drei Reaktoren, die bereits älter als 45 Jahre sind, fordert der Initiativtext eine Ausserbetriebnahme innerhalb eines Jahres. Von weltweit 441 Reaktoren gehören diese drei Reaktoren zu den neun ältesten. Beznau I, der weltweit mit Abstand älteste Reaktor, steht infolge unbekanntem Sprödverhalten des Druckbehälters seit 18 Monaten still. Ende 2017 würden als Folge der Initiative nur 22 Prozent unserer unprofitablen Nuklearleistung wegfallen. Aktuell ist sogar Leibstadt unplanmässig ausgefallen (Oxydation der Hüllrohre). Ein interessanter Vergleich: UK betreibt heute 15 Reaktorblöcke und hat bereits 30 ältere stillgelegt!

Energiestrategie 2050

Die Energiestrategie 2050 ist weder ein direkter noch ein indirekter Gegenvorschlag zur Atomausstiegsinitiative. Obwohl die nach Fukushima in der Energiestrategie integrierten Ausserbetriebnahmen (Beznau I 2019, Beznau II 2022, Mühleberg 2022, Gösgen 2029 und Leibstadt 2034) längst wieder gestrichen und der vom Parlament noch gar nicht verabschiedeten Vorlage weitere Eck-

zähne gezogen wurden, wird diese von Wirtschaftsverbänden und vielen Politikern immer noch torpediert.

Anfang und Ende der schweizerischen Nuklearindustrie

Auf Initiative des Militärdepartementes wurde nach dem 2. Weltkrieg die Studienkommission für Atomenergie (SKA) gegründet, welche offenbar auch die Produktion von taktischen Atombomben und deren Einsatz auf der Mirage IIIS in Betracht zog! Gegen Ende der 50er-Jahre entstand auf Druck des Bundesrates aus zwei sich konkurrenzierenden Projekten der Deutsch- und Westschweiz der mit über 130 Millionen Franken subventionierte Versuchsreaktor Lucens (VD). Für die beteiligte BBC, Sulzer und Escher Wyss folgte bereits 1963 der erste Rückschlag – die NOK bestellte ein für Beznau bestimmtes Atomkraftwerk in den USA. Als 1969 beim zweiten Anfahren in Lucens mehrere Brennelemente explodierten, war dieser GAU (grösster anzunehmender Unfall) das definitive Ende der schweizerischen Nuklearindustrie. Als richtig erwies sich lediglich das Sicherheitskonzept der unterirdischen Anlage. Was

man vom inzwischen einbetonierten Versuchsreaktor immer noch lernen kann: Ein AKW mit nur wenigen Betriebsstunden lässt sich, da die radioaktive Strahlung noch sehr gering ist, um Potenzen einfacher entsorgen als eines mit 50 Betriebsjahren.

Politische Intrigen

Das Ränkespiel zwischen dem ENSI, der zur Bedeutungslosigkeit degradierten Zweitkommission KNS (Kommission für nukleare Sicherheit) und unserem Parlament widerspiegelt teilweise die Komplexität ihrer Aufgaben. Was mich aber vollends beunruhigt, ist die Aussage des ENSI-Chefs Hans Wanner an einer Tagung der schweizerischen Energiestiftung (SES) zum Thema Atomausstieg. Zitat: «Wir dürfen nicht zulassen, dass politische und wirtschaftliche Überlegungen zu Abstrichen bei der Sicherheit der KKW führen.» Ich gehe davon aus, dass mindestens er sich seiner grossen Verantwortung bewusst ist. Die Ablehnung des ENSI-Vorschlags «Langzeitbetriebskonzept» ohne Anhörung der Fachleute signalisiert, dass die Mehrheit unserer Parlamentarier «wirtschaftshörig» ist und ihre grosse Verantwortung nicht wahrnehmen will.

Drei exemplarische GAU-Szenarien

- Auf Three Mile Island (Harrisburg USA) führte 1979 letztlich eine irreführende Ventilanzeige zum GAU. Wegen einer Kontrolllampe durfte der Operator davon ausgehen, dass das Sicherheitsventil des Druckbehälters geschlossen sei. In Wirklichkeit war das Ventil immer noch offen und die Lampe zeigte nur an, dass das Ventil ohne Strom und damit geschlossen sein sollte. Eine Positionsanzeige anhand derer man erkannt hätte, dass das Ventil in offener Stellung stecken blieb, gab es nicht. Die Kernschmelze des Reaktors war die Folge.



Ja, so alt ist das AKW Beznau II! (Foto Charles Ellena/SES)

- Warum die Auswirkungen des Tsunami für Fukushima Daiichi (JP) so katastrophal waren, lässt sich auf der Karte einfach überprüfen. Weil die Beschaffung stärkerer Kühlpumpen zu aufwändig war, entfernten die Betreiber beim Bau eine 40 Meter hohe Steilküste (5 Millionen Kubikmeter Sandstein). Die ebenfalls der Notstromversorgung dienenden Hochspannungsfreileitungen wurden am 11. März 2011 bereits vom ursächlichen Erdbeben zerstört. Die Schnellabschaltung aller Blöcke funktionierte einwandfrei. Der folgende Tsunami überflutete aber alle auf 5 bis 8 Metern Meereshöhe liegenden Notstromdiesel, Batterieräume und Notkühleinrichtungen. Das Resultat: Vier Wasserstoffexplosionen und drei Kernschmelzen und bis heute aufgelaufene Kosten von etwa 100 Milliarden Euro.
- In Fessenheim (Elsass) wurden 2014 beim unkontrollierten Befüllen eines Wasserreservoirs Kabelschächte unter Wasser gesetzt. Über die Isolation mehrerer Kabel gelangten infolge Kapillarwirkung geringe Wassermengen in einen Raum mit wichtiger Elektronik. Dieses Fehlerszenario existierte in den Handbüchern nicht. Obwohl alle

Steuerelemente in einem weiteren Raum redundant vorhanden waren, liessen sich die beim Druckwasserreaktor auch mit Schwerkraft funktionierenden Steuerstäbe nicht mehr auslösen. Der Reaktor wurde im Sinne einer Feuerwehübung durch Einleiten von Borsäure gestoppt. Nochmals Glück gehabt!

Von insgesamt etwa 160 stillgelegten, kommerziellen Reaktoren sind mehr als 10 durch Kernschmelzen zerstört worden. Die vielgelobte Redundanz ist bei AKW kaum zu gewährleisten. Hinzu kommt, dass nahezu jedes der weltweit 441 AKW unterschiedliche Strukturen hat. In der Aviatik beispielsweise gibt es wesentlich mehr überprüfbare Redundanz. Der Grund ist einfach: Täglich werden den Herstellern von 25 000 Verkehrsflugzeugen neue Fehler rapportiert. Diese werden im eigenen Interesse akribisch untersucht und korrigiert. Die Lehren aus Halifax (Flug SR 111) haben beispielsweise kurz nach dem Unglück Eingang in alle Piloten-Checklisten gefunden.

AKW der 3. und 4. Generation

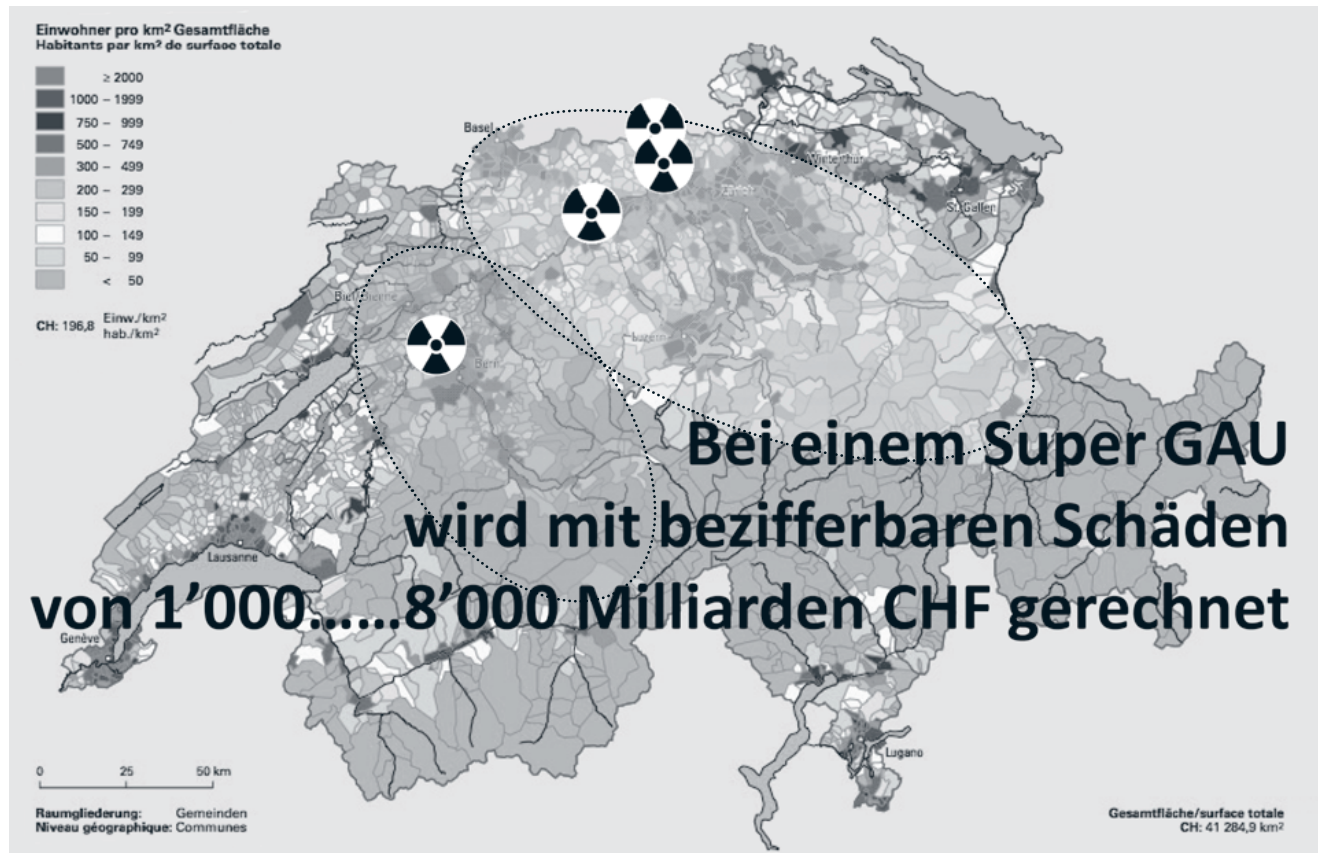
Für die zukünftigen Generationen gibt es unterschiedlichste Definitionen. Die Kosten des seit 2005 im Bau befindlichen Druckwasserreak-

tors Olkiluoto 3 (Finnland, Inbetriebnahme frühestens 2018) haben sich bereits mehr als verdoppelt. Das gleiche gilt für den noch nicht im Bau befindlichen EPR-Reaktor in Hinkley Point C (UK). So liegen die kalkulierten Stromkosten ohne Versicherung und Entsorgungsrücklagen bereits heute – also noch vor Baubeginn – über 12 Rappen/Kilowattstunde. Kennzeichen dieser 3. Generation sind insbesondere eine die Kernschmelze auffangende Wanne. Reaktoren der 4. Generation, Thorium- oder Fusionsreaktoren, sind immer noch Reissbrettprojekte. Das Argument, dass in der Schweiz mit dem Verbot, neue AKW zu bauen, ein Denkverbot eingeführt worden sei, ist unsinnig. Kennen Sie Forscher, die sich das Denken verbieten lassen?

Aktuelle Energiepreise

Wer Strompreise beurteilt, muss zwischen Regel- und Bandenergie unterscheiden. Zur Abdeckung von Leistungsspitzen und zur Netzstabilität benötigen wir Regelenergie. Sie stammt vorwiegend aus Wasserkraftwerken und muss innerhalb von Minuten zur Verfügung stehen. AKW liefern wie Kohlekraftwerke nur Bandenergie und brauchen für das Hochfahren viele Stunden oder gar Tage.

Aktuell leben wir in einer Stromschwemme, nicht in einer Stromlücke. Sogar amortisierte Wasserkraftwerke sollen zeitweise Verluste einfahren. Diskussionen über neue AKW erübrigen sich, da erneuerbare Energien inkl. deren Speicherung in unseren Stauseen für weniger als 9 Rappen/Kilowattstunde zu haben sind. Strom aus bestehenden AKW ist mit 5 bis 8 Rappen/Kilowattstunde dreimal teurer wie Kohlestrom der dank kontraproduktivem CO₂ Zertifikathandel (weniger als 5 Euro pro Tonne) lediglich 2 bis 3 Rappen/Kilowattstunde kostet. Die genannten Energiekosten sind Börsenpreise oder Preise auf Basis bestehender Verträge.



Grosse Teile der Schweiz wären bei einem Unfall in einem unserer Reaktoren betroffen.

Die Endverbraucherkosten enthalten relativ hohe Verteilnetzkosten, Messkosten, Konzessionen etc. Zu berücksichtigen ist zudem, dass ...

- bei einem GAU die versicherten Leistungen – obwohl die volkswirtschaftlichen Schäden im Fall Schweiz auf bis zu 8000 Milliarden Franken beziffert werden – max. 1,2 Milliarden Franken betragen.
- AKW ihre Entsorgungskosten bestenfalls teilweise vorfinanziert haben.
- infolge Reaktorschnellabschaltungen innerhalb von Minuten 10 Prozent unseres Strombedarfs wegfällt und zeitgleich durch Regelenergie ersetzt werden muss.

Dass am europäischen Energiepreisdaster primär die deutsche Einspeisevergütung schuld sein soll, ist eine Behauptung. In Deutschland wurden innerhalb von 15 Jahren 30 Prozent erneuerbare Energieressourcen bereitgestellt. Was wären die Kosten einer unterlassenen Energiewende?

Ohne diese Zahl zu kennen, fällt es schwer, die Querfinanzierungen zu bewerten. Querfinanziert wird nicht nur PV und Wind, querfinanziert wird auch billiger Industriestrom und die gesamte Nuklearindustrie. Noch nicht finanziert wurden die gewaltigen Klimaschäden der deutschen Kohleindustrie.

Sommer-Winter-Speichertechnologien für 3 Prozent unseres Jahresbedarfs

- Pumpspeicherwerke mit einem Gesamtwirkungsgrad von bis zu 80 Prozent sind die effizienteste Art, um erneuerbare Energien aus dem vorangehenden Sommer in den nächsten Winter zu retten. Leider müssten wir für die Speicherung von 2 Terawattstunden (3 Prozent unseres Jahresbedarfs) zusätzlich etwa 2 000 Millionen Kubikmeter Stauvolumen bereitstellen. Im Wissen, dass unsere Stauseen aktuell etwa 5000 Millionen Kubikmeter umfassen, ist dies unrealistisch.
- Stromakkus mit hoher Energie-

dichte sind eine andere Möglichkeit. Nimmt man grosse Flussbatterien (Redox Flow Batteries), bei denen die Reaktionspartner als Flüssigkeit zwischengelagert werden, ergeben sich immer noch Kosten von 20 bis 30 Rappen/Kilowattstunde. Trotzdem sind Lithium-Akkus zur Vermeidung täglicher Stromspitzen oder beim Einsatz in Plug-in-Hybriden oder Elektrofahrzeugen sinnvoll. Allerdings nur dann, wenn die Batterien ausschliesslich mit erneuerbarer Energie geladen werden.

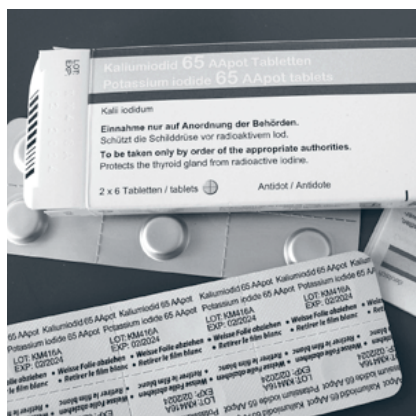
- Neben Power to Gas könnte auch der Methanolkreislauf, wie er z. B. von der Firma Silent Power (Cham) propagiert wird, eine Alternative sein. Aus überschüssiger Solarelektrizität, CO₂ und Wasser wird Methanol hergestellt. Methanol ist ungiftig, lässt sich gut lagern und könnte im Winter mit Turbinen, kleinen Motoren oder mit photoelektrischen Wandlern wieder in Wärme und Elektrizität umgesetzt werden.

Die CO₂-Bilanz ist neutral. Leider hat die Geschichte einen schwerwiegenden Haken. Die Abscheidung von CO₂ aus der Umgebungsluft (400 ppm) ist sehr aufwändig und macht auch dieses Prinzip unerschwinglich.

Warum diese Auflistung? Obwohl ich mich zu den Optimisten zähle, muss ich unrealistische Erwartungen an Forscher und Ingenieure für die saisonale Speicherung im Umfang von 2 Terawattstunden dämpfen. Quantensprünge brauchen ihre Zeit und lösen sich oft in Luft auf. Vorderhand müssen wir mit den gebauten Speicherkapazitäten auskommen.

Ausstieg ohne negative Folgen

Dank forciertem Ausbau von Photovoltaik und Windenergie werden wir anlässlich der Ausserbetriebnahmen von Gösgen und Leibstadt während 320 bis 340 Tagen des Jahres über genügend Energiereserven verfügen. Windparks mit umweltverträglichen Grossturbinen in unbesiedelten Gebieten sind antizyklisch zur Solareinstrahlung und reduzieren die hohe Varianz der Sonne. Stellt sich die Frage, wie wir die fehlenden Tage überbrücken. Anton Gunzinger, den ich als Kämpfer für unsere Sache sehr schätze, plädiert für eine stromautarke Schweiz. Diese Vorstellung geht für mich etwas zu weit. Mir genügt es, wenn wir im Jahresdurchschnitt autark sind, d. h. wenn wir an den restlichen Tagen zusätzliche Leistungen aus südlichen Solarkraftwerken und nördlichen Windparks importieren. Als Kompensation stellen wir mit unseren Pumpspeicherkraftwerken die Spitzenabdeckung dieser Partner sicher. Dies bedingt logischerweise die Verstärkung der internationalen Hochspannungsnetze. Um den genannten Ausbau der erneuerbaren Energien zu forcieren, müssen die Strommarktpreise mit Lenkungsabgaben angehoben werden. Klimaforscher und



Im Falle eines Reaktorunfalles in der Schweiz oder Umgebung schlucken Sie bitte sofort 2 Jodtabletten. Ein möglichst rascher Atomausstieg bleibt jedoch der einzig wirksame Schutz vor atomaren Gefahren.

Ökonomen haben berechnet, dass zur Limitierung der Klimaerwärmung auf 2 Kelvin Lenkungsabgaben auf Brenn- und Treibstoffen von mindestens 100 bis 200 Franken pro Tonne CO₂ notwendig sind. Dies ergäbe beim importierten Kohlestrom einen Preisaufschlag von 9 bis 18 Rappen/Kilowattstunde, für Gas-Kombikraftwerke einen Aufschlag von 3,5 bis 7 Rappen/Kilowattstunde. Mit Lenkungsabgaben, die 2020 nur 6 (Kohle) und 3 Rappen/Kilowattstunde (Gas) betragen würden und mit der Pflicht, die AKW-Entsorgungsrücklagen zu verdoppeln, müssen wir auch in Zeiten der Stromschwemme die Wasserkraftwerke nicht mit KEV-Geldern (kostendeckende Einspeisevergütung) subventionieren. Falls wir bereit sind, die folgenden Punkte zu beachten, wird dieses Szenario die freie Marktwirtschaft und die Innovationskraft unserer Wirtschaft erneut stärken:

- Mit Effizienzverbesserungen und Abwärmenetzen muss der durch höheren Lebensstandard, Bevölkerungswachstum und Elektromobilität bedingte Strommehrverbrauch kompensiert werden. Der

Konsument seinerseits kauft bewusster ein und darf sich nicht nur von Labels leiten lassen.

- Die sehr profitablen Betreiber der lokalen Stromversorgungsnetze dürfen den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht behindern.
- Die Modernisierung bestehender Wasserkraftwerke geht weiter und die Realisierung der blockierten Pumpspeicherwerke Grimsel und Lago Bianco wird reaktiviert. Dies ist nur möglich, wenn alle Beteiligten, auch alle Naturschutzverbände, dem Atomausstieg höchste Priorität einräumen.

Die alles entscheidende Frage

Wer muss die Stilllegung der AKW oder den allfälligen Bankrott der grossen Stromproduzenten bezahlen? Die Beantwortung dieser Frage könnte davon abhängen, welches Ausstiegsszenario zum Zug kommt:

- Nicht angekündigte Stilllegung innerhalb weniger Wochen (optimal, aber absolut unwahrscheinlich)
- Atomausstiegsinitiative wird angenommen
- Langzeitbetriebskonzept ENSI wird, entgegen aller Erwartungen, eingeführt
- Atomausstiegsinitiative wird abgelehnt, keine Limitierung der Laufzeit, weitere Nuklearunfälle

Ich gehe davon aus, dass unter dem Strich in allen Fällen der Steuerzahler alle Entsorgungs- und Stilllegungskosten begleichen muss und dass sich der Konsument durch ein Ja zur Ausstiegssinitiative nicht ins eigene Fleisch schneidet. Das letzte Szenario wird uns teuer zu stehen kommen und unsere Wirtschaft kräftig durchrütteln. Ich hoffe, dass wir am 27. November den Atomausstieg schaffen. Wenn wir Glück haben, kommen wir mit einem blauen Auge davon. Blau wie das strahlende Wasser eines AKW beim Brennelementwechsel! ■

Wilder Westen in Zugs Westen

Heinz Widmer, Präsident Grüne Risch-Rotkreuz
Bild Heinz Widmer

10

Oklahoma 1898. Wild scharrende Pferde. Nervöse Reiter. Dann ein Startschuss, und tausende Siedler stürmen los, um sich ihre Claims abzustechen. Nicht immer haben sich dabei alle an die Regeln gehalten. Das Vorgehen des Gemeinderates Risch bezüglich der Überbauung Binzmühle erinnert stark an diese Zeiten.

Da werden offensichtlich schlecht erschlossene Grundstücke als gut erschlossen deklariert. Kritischen Anwohnern wird mit Enteignung gedroht. Und mit einem Mäntelchen der Wohltätigkeit soll ein monströses Projekt am Rande eines der schönsten Naturschutzgebiete im Kanton durchgeboxt werden.

Aber beginnen wir von vorn: In den Achtzigerjahren wurde ein grosses Grundstück direkt neben dem neu gebauten Kindergarten Binzmühle für Bauten im öffentlichen Interesse eingezont. Der damalige Gemeinderat konnte noch nicht ahnen, dass sich die Einwohnerzahl in den nächsten 35 Jahren verdreifachen wird. Dennoch hatte er die Weitsicht, Landreserven für zukünftige Bedürfnisse wie z. B. Schulgebäude zu reservieren.

Kurzichtig und fragwürdig

Leider ist diese Weitsicht einer Stra-

tegie der kurzfristigen Steuerminimierung gewichen. Das Eigentum der Gemeinde wird so schnell wie nur möglich versilbert, um die Gemeindefinanzen trotz Renovierung der Binzmühle im Gleichgewicht zu halten. Dabei ist der Gemeinde jedes Mittel recht. Die Frage wird nicht direkt formuliert: «Soll diese Landreserve zur Wohnzone umgezont werden und an einen durch den Gemeinderat zu bestimmenden Käufer verkauft werden?» – Nein. Sondern stattdessen: «Soll die Gemeinde die schützenswerte Binzmühle nach Jahrzehnten des Verlotterns endlich sanieren lassen?» Aber es muss nicht nur die Sanierung der Binzmühle als Deckmäntelchen erhalten. Zusätzlich soll die Stiftung Phönix in der dortigen Landwirtschaftszone ein Gebäude bauen dürfen. Ein neu zu gründender Verein, dessen Statuten bereits von der Gemeinde verfasst wurden, soll

Kaffee und Kuchen neben dem Naturschutzgebiet ausschenken.

Keines dieser Zückerchen kann aber darüber hinwegtäuschen, dass eine Siedlung mit 30 neuen Wohnungen unmöglich über einen Feldweg, der direkt über das Gelände des Kindergartens führt, erschlossen werden kann.

Die Zusammenstellung der Dokumentation der Vorlage erfolgte offenbar unter grossem Zeitdruck. Extrem viele Verweise auf veraltete Pläne und sonstige fehlerhafte Verweise verunmöglichen eine verlässliche Auslegung. ■

Binzmühle

Die Binzmühle in Rotkreuz ist eine alte Mühle. Seit Jahrzehnten ist diese im Besitz der Gemeinde und wurde kaum unterhalten. Die eigentlich unbewohnbaren Wohnungen werden als Notwohnungen bezeichnet. Der ebenfalls zum Hof gehörende Schopf ist einsturzfähig.

Der Hof liegt mitten in der Landwirtschaftszone am Rand eines Naturschutzgebietes, das nach den zur Diskussion stehenden Einzonungen nahezu vollständig von Bauzonen umschlossen wäre. Die Erschliessung erfolgt lediglich über einen kleinen Feldweg.

Vor fünf Jahren wurde die Bevölkerung dazu aufgerufen, ihre Wünsche betreffend der Aufwertung des angrenzenden Naturschutzgebietes einzureichen.

In Januar 2016 lud der Gemeinderat dann zu einer Informationsveranstaltung ein, um sein Gesamtpaket vorzustellen. Dieses beinhaltet die dringend notwendigen Sanierungsarbeiten im Umfang von schätzungsweise fast 13 Millionen Franken. Untrennbar damit verknüpft wurde aber eine Einzonung der Landwirtschaftszone. Dadurch würde das Naturschutzgebiet nahezu komplett von Bauzonen umschlossen. Zusätzlich beharrt der Gemeinderat darauf, dass es zwingend notwendig sei, ein Grundstück, welches für den Ausbau der Schulhausinfrastruktur reserviert war, zu verkaufen.



Nebst dem, dass der Neubau in eine Landwirtschaftszone zu stehen käme, versperrt er auch die Aussicht auf das ganze Binzmühle-Gehöft.

Was Zug bereichert

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin der Alternativen – die Grünen Kanton Zug

Damit Quartiere leben, braucht es weniger Konzepte und Reglemente als vielmehr Freiraum und Fantasie. Beispielhaft funktioniert dies gegenwärtig auf dem Areal des alten Kantonsspitals, wo der Zufall eine äusserst bunte Mieterschaft generiert hat und der Reiz des Temporären spielt.

Täuscht es oder herrscht in und um Zug die Meinung vor, die Belebung von bestimmten Quartieren lasse sich vorwiegend mittels Reglementen realisieren? Als langjährige Bewohnerin der Zuger Altstadt habe ich die Diskussion um die richtige Strategie für eine Belebung der ebenso romantischen wie gespenstisch stillen Gassen zwischen Postplatz und Casino verfolgt und bin zum Schluss gelangt: Kein Gesetz, kein Reglement, kein Konzept und kein Bebauungsplan garantieren, dass Orte und Areale «Lebendigkeit» ausstrahlen. Was es braucht, um Quartiere attraktiv und anziehend zu machen, ist ein gewisser Frei- und Spielraum, in dem Kreativität gedeihen kann; wo Projekte ausprobiert werden dürfen, Dinge gelingen und auch scheitern können sowie Toleranz. Nicht ganz überraschend sind es Zwischennutzungen in älteren Liegenschaften, die jenes Ambiente generieren, das per Knopfdruck durch Behörden oder Verwaltung nicht hinzukriegen ist.

Kleinstädtischer Schmelztiegel

Paradebeispiel dafür ist das Areal des alten Kantonsspitals. Kein Mensch bringt diesen Namen noch in Verbindung mit der Leistungspalette eines Krankenhauses. Der Name steht in Zug für ein Konglomerat von Individualistinnen und Individualisten, Vereinen und Institutionen, die hier nach dem Wegzug des Spitals im Jahre 2009 ein Zuhause gefunden haben: Künstler, Kreative, Archäologinnen und Seniorinnen, Internatsschüler und nicht zuletzt Asylsuchende, die der Kanton Zug, als Eigentümerin des Areals, hier seit geraumer Zeit einquartiert. Unterschiedlichste Gesellschaftsgruppen leben in fried-

licher Koexistenz nebeneinander und bilden einen, wenn auch kleinstädtischen, Schmelztiegel. Erlebbar war dies in der viel beachteten Veranstaltung «Auf in den Süden», die im Juni 2015 hier stattfand und erst kürzlich wieder, als ich Rahmen des Events «Gestalten verbindet» einen Augenschein nahm. Hier herrscht nicht Hochglanz, hier hat es Patina. Hier sieht man noch die Vergangenheit und gleichzeitig weht der Wind der Zukunft.

Im Jahre 1857 wurde auf dem Areal mit der «Kranken- und Pfrundanstalt» der erste öffentliche Bau in Zug Süd überhaupt gebaut. Und dann? Rollten während rund 140 Jahren Betten zwischen Operationssaal und Krankenzimmern hin und her. Tempi passati. Zurück zum Jetzt.

Lebendigkeit in die Zukunft retten

Vom Dach des in den 1930er-Jahren gebauten Südflügels, der zum Inventar der schützenswerten Denkmäler gehört, blickt man auf eine natürlich gewachsene Parklandschaft und Gartenbeete, die früher Bestandteil der Spitalgärtnerei waren. In der Mitte des Parks behauptet sich ein knorriger Ahorn mit ausladender Krone. Im Parkrasen sind die massiven Eisendeckel der mittlerweile stillgelegten Öltanks sichtbar. Richtung Bahngleis ragt der Kamin der Energiezentrale als roter Turm in die Höhe. Entlang des Seeufers tuckert im Schrittempo das kleine Fischerboot von Emil Speck. Vogelgezwitscher vermischt sich mit dem entfernten Brummen eines Flugzeugs, das eine weisse Linie in den Himmel zieht und in die Ferne fliegt. Der Kanton Zug will dieses 2,6 Hektaren grosse Gelände, dessen Wert auf



11

70 Millionen Franken geschätzt wird, bekanntlich in die Zukunft überführen. Der Bebauungsplan der Stadt Zug wurde von der Zuger Regierung genehmigt und ist rechtsgültig. Ein Ideen- und Investorenwettbewerb für das Bau Feld B, das dereinst öffentlich genutzt werden soll, ist vom Kanton aufgelegt und soll im Jahre 2017 starten. Ein «lebendiger» und «publikumsattraktiver» Ort soll entstehen mit «Strahlkraft». Die Erwartungen sind hoch. Es wird nicht einfach sein, dieses Versprechen einzulösen, zumal es gerade der Mix der aktuellen Zwischennutzung ist, der diese Ecke des Kantons Zug auf so selbstverständliche und vielfältige Art bereichert – ja, man kann sagen – reich macht. ■

Regieren, nicht verwalten

Text Anastas Odermatt, Kantonsrat und Fraktionschef Alternative – die Grünen
Bild BULLETIN

12

Die Regierung möchte sich mit seiner angedachten «Regierungs- und Verwaltungsreform 2019» selbst verkleinern. Wir lehnen diese Reform vehement ab. «Weniger volksnahe Regierung, weniger Kompetenz für den Kantonsrat – mehr Einfluss für die Verwaltung» – das ist keine Zukunft für den Kanton Zug.

Mit der «Regierungs- und Verwaltungsreform 2019» will sich der Regierungsrat von sieben auf fünf Mitglieder selbst verkleinern. Die Fraktion der Alternativen – die Grünen hat sich mit der Thematik auseinandergesetzt und ist zur Überzeugung gekommen, dass diese Verkleinerung des Regierungsratsgremiums abzulehnen ist.

Zug setzen sich aber dezidiert für eine bürgernahe Regierung ein. Eine funktionierende Demokratie basiert auf Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen. Vertrauen wird am besten geschaffen im persönlichen, direkten Kontakt zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Regierungsrätinnen und Regierungsräten. Mit einer Verkleinerung von



Eine Reduktion von 7 auf 5 Regierungsratsmitglieder lehnen die Alternativen – die Grünen ab.

Volksnähe der Kantonsregierung geht verloren

Ein Gremium mit fünf Regierungsrätinnen und -räten hat weniger Zeit und Ressourcen als eines mit sieben. Die Verfügbarkeit für Präsenz und Kontakt in und mit der Bevölkerung an Veranstaltungen aller Art, Vereinsversammlungen etc. wird sinken. Die Alternativen – die Grünen

sieben auf fünf wird die Volksnähe der Regierung leiden. Das wollen wir – auch im Interesse der Demokratie – nicht.

Machtverschiebung zur Verwaltung

Bei einer Minimierung von sieben auf fünf Regierungsratsmitglieder würden diese einen Teil ihrer Dossierkenntnisse und wichtige Entscheide

an die Verwaltung auslagern müssen. Es würde logischerweise eine Machtverschiebung weg von den vom Volk gewählten Exekutivmitgliedern hin zur Verwaltung stattfinden. Der oft beklagten Entfremdung zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern muss Einhalt geboten werden. Eine Verkleinerung der Zuger Regierung auf fünf Mitglieder würde aber genau diese Tendenz begünstigen. Bei nur mehr fünf Regierungsrätinnen und Regierungsräten mit entsprechend grösseren Direktionen ist das Risiko vorhanden, dass es einen Trend zu schwer regierbaren «Fürstentümern» geben würde. Überlastete Exekutivmitglieder können weniger führen. Paradigmatisch hierfür kann der Kanton Luzern als Beispiel herangezogen werden: Nachdem die Exekutive vor einigen Jahren verkleinert wurde, mussten dieses Jahr die Generalsekretäre an die Kandare genommen und neue Regelungen aufgestellt werden, damit diese nicht zu viel Macht erhalten (siehe «Neue Zuger Zeitung» vom 11. April 2016 «Weniger Macht für Chefbeamte»).

Weniger Zuger Einfluss auf nationaler Ebene

Mit fünf statt sieben Exekutivmitgliedern stünden weniger Ressourcen für die Interessensvertretungen und Aktivitäten der Regierung auf eidgenössischer Ebene im Rahmen der Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen zu Verfügung. Aus Sicht der Alternativen – die Grünen ist es ein substanzieller Unterschied, ob ein Kanton in einem Gremium «nur» als Mitglied partizipiert oder im Vorstand eines Gremiums aktiv mitgestaltet. Gegenwärtig ist der Kanton Zug in verschiedensten Gremien im Verhältnis zu seiner Grösse recht einflussreich vertreten. Daran soll sich nichts ändern.

Kein Sparen durch Verkleinerung

Mit einer Regierungsreform könne markant eingespart werden? Die Rea-

lität spricht gegen diese Argumentation: Fünf von acht Kantonen, die in den letzten 15 Jahren eine Regierungsreform durchgeführt haben, konnten trotz Reduktion der Direktionen keine Einsparung beim Personalaufwand ausweisen. Im Kanton Glarus wurde gleichzeitig mit der Regierungs- und Verwaltungsreform eine Vorgabe zur Einsparung von 10 Prozent der Personalkosten gemacht und eingehalten. Der Kanton Luzern betont, dass nachhaltige Einsparungen von 0,5 Millionen Franken über einen Zeitraum von fünf Jahren anfielen. Diese Ergebnisse weisen erstens darauf hin, dass eine Gremiumsverkleinerung keine nachhaltige kostenmindernde Wirkung per se besitzt und zweitens, dass die Kosten primär von der Organisation und Effizienz der Verwaltung abhängen und zwar unabhängig von der Grösse des Exekutivorgans.

Ist eine 5er-Regierung «professioneller»?

Die Regierung will mit der Reform eine «Professionalisierung der Regierung» ermöglichen. Dies erstaunt doch sehr. Im Umkehrschluss würde das ja heissen, dass die Regierung selbst die These aufstellt, bisher nicht «professionell» gearbeitet zu haben. Wenn die Regierung mehr Ressourcen für Strategiaufgaben haben will, dann kann sie diese jederzeit schaffen. Eine strategische Führungsperspektive hängt von den Persönlichkeiten im Regierungsrat und ihren Kompetenzen selbst ab und nicht von der Grösse eines Exekutivorgans. Die Reduktion von sieben auf fünf «Strateginnen und Strategen» ist auch so gesehen eine unerwünschte Ressourcenreduktion.

Ablenkungs- und Druckmanöver mittels Initiative

Die lancierte Initiative «5 statt 7 RegierungsrätInnen» lenkt ab von den wirklichen anstehenden Organisationsaufgaben: Eine Verwaltungsre-

Hürdenlauf zum Kauf einer Abstimmungsanlage

Hanni Schriber-Neiger, Kantonsrätin und stellvertretende Stimmzählerin

Es war vor langer, langer Zeit, da kam die Idee einer Abstimmungsanlage. Hände hoch heben sei sehr mühsam und langwierig – keine Frage!

Die Zuger Bevölkerung wolle endlich echte Abstimmungs-Transparenz – und man sähe, welche KantonsrätInnen glänzen öfters mit Absenz.

Das Volk wolle auch das Abstimmungsverhalten von jedem kennen und könne die echten Drückeberger-Kollegen beim Namen nennen!

So kostete eine elektronische Anlage 400 000.– zum Planungsschluss. Doch heute ist beim Kanton bei jedem Geschäft das Sparen ein Muss.

So solle halt die Abstimmungsanlage weiter warten, um mehr zu sparen – der Kantonsrat müsse halt weiterhin mit Hand-Faustzeichen weiterfahren!

Doch dank Suchfee – man hat ein Schnäppli-Vorschlag in Wil gefunden und der Rat kann den neuen Büopreis sogar auf 100 000.– abrunden!

Freudig näher rückt der Einsatz der neuen Abstimmungs-Funkanlage – gezählt sind die vielen bewegungsreichen Händehoch-Jahre und Tage!

Am 15. Dezember 2016 gibt's für die Abstimmungsanlage den Startsegen. Dann wird der Kantonsrat erstmals seine Stimme elektronisch ablegen!

Fazit:

Hätten wir noch länger nach einer Anlage gesucht, auf der ganzen Welt – Sicher hätten wir noch ein Abstimmungsgerät gefunden – ganz ohne Geld!

form macht nämlich sehr wohl Sinn, hierzu haben wir ein breit abgestütztes Postulat eingereicht, das Unterschriften aus fast allen Fraktionen und Parteien trägt. Eine wirksame Verwaltungsreform setzt aber nicht top-down bei der Zahl der Direktionen an (damit lassen sich einfach andere machtpolitische Ziele verfolgen...), sondern bottom-up bei den Aufgaben, Strukturen und Prozessen der Verwaltung. Die Verwaltung ist weiterhin effizient und schlank auf ihre definierten Aufgaben auszurichten – das hat nichts mit der Anzahl Dikasterien zu tun.

Politische Vielfalt geht verloren

Die Exekutive im Kanton Zug wird im Majorz-Verfahren gewählt. Die Kombination von Majorz-Wahlverfahren

mit einer Reduktion auf fünf Exekutivmitglieder reduziert die Chancen von kleinen und mittelgrossen Parteien jeglicher Couleur, in der Regierung Einsitz zu nehmen, ein substanzieller Teil der Bevölkerung wäre nicht mehr vertreten. Ein Blick nach Luzern zeigt zudem, dass bei den herrschenden politischen Konstellationen in Zug eine Verkleinerung der Regierung den Frauenanteil noch mehr verkleinert würde. Hohe politische Vielfalt führt auch zu mehr Abstützung der gefällten Entscheide, was gerade für strategische politische Entscheide von enormer Bedeutung ist. ■

Sturm der Entrüstung

Marco Knobel, Sekretär Alternative – die Grünen Zug
Bild BULLETIN

14

Ich erinnere mich noch gut an einen denkwürdigen Abstimmungssonntag im Sommer letzten Jahres. Fast 63 Prozent der Stimmenden schickten den Zuger Stadttunnel bachab. Nicht weil wir keine Verkehrsprobleme hätten, nicht weil die Zugerinnen und Zuger keine Lösungen wollten, sondern weil sie die Nase voll hatten von Scheinlösungen und dem Gigantismus der Regierung. «Geld, das wäre da, alles kein Problem, spielt doch keine Rolle.» Wie ein Mantra leierten Bürgerliche diese Beschwichtigung herunter – obwohl bereits am «Entlastungsprogramm» gefeilt wurde.



Mit der einseitigen Sparpolitik sind 4 707 Zugerinnen und Zuger sowie 28 Verbände und Organisationen nicht einverstanden. Sie haben ein Zeichen gesetzt und das Referendum unterschrieben. Das Stimmvolk wird wahrscheinlich im November über das Sparpaket befinden.

Fast forward. Ein Jahr später starre ich ungläubig auf meinen Bildschirm, ein News-Portal hat die unheilvolle Nachricht überbracht. Die Regierung rief ein strukturelles Defizit aus, praktisch ohne nennenswerte Verbesserungen winkten Regierung und Kantonsrat 268 Sparmassnahmen durch. Darunter sind kleinere alte Zöpfe, vor allem aber happige Massnahmen, welche die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft schmerzhaft treffen.

Jegliche Scham verloren

Der Kanton Zug hat einen hohen dreistelligen Millionenbetrag als Eigenkapital auf der Seite und ein enormes

unausgeschöpftes Steuerpotenzial (die Höhe des Steuerpotenzials bildet sich in den hohen NFA-Beiträgen ab – an der Tatsache, dass wir das Potenzial nicht ausschöpfen und einfach «brav» NFA zahlen, sind wir selbst schuld). Trotzdem fuchelt die Regierung mit dem Sparhammer und hinterlässt gewaltigen Schaden bei Armen, Alten, Kranken und Familien sowie bei Bildung, Kultur und Sozialem.

Zum Standardrepertoire jeder guten Erziehung gehört, dass man mit Menschen, die arm sind, schwierige Zeiten durchmachen, Beeinträchtigungen oder Krankheiten haben, fürsorglich und würdevoll umgeht. Die

aktuelle Sparrunde offenbart gnadenlos, was Geld mit den meisten Menschen im Zuger Parlament gemacht hat: Egal ob sie sich christlich, freiheitlich oder volksverbunden nennen: Die PolitikerInnen haben jegliche Scham dem Mammon geopfert. Damit die eigenen Kassen sowie jene von gewaltigen Konzernen und schwerreichen AusländerInnen unangetastet bleiben, werden die Schwächsten zum Aderlass gebeten.

Noch «gschämiger» wird es, wenn wir die Massnahmen aus etwas mehr Flughöhe betrachten. In den vergangenen Jahren wurden Steuergeschenke gemacht, die unterdessen rund 120 Millionen Franken Defizit verursachen – pro Jahr!

Eben genau diese Mindereinnahmen wurden nun als strukturelles Defizit ausgerufen. Wer, wenn nicht die Linken, soll denn nun den Zeigefinger heben? Die Alternativen haben immer wieder davor gewarnt, dass die masslosen Steuersenkungen den Zuger Staatshaushalt gefährden würden – und für die Standortattraktivität unnötig sind. Aber anstatt die Einnahme- und Ausgabeseite zusammen anzuschauen, wurden gezielte Steuererhöhungen (und damit eine faire Aufteilung des Defizits) nicht einmal in Betracht gezogen.

Eine Lawine wurde losgetreten

Eine Vielzahl von Massnahmen wurde durch den Regierungsrat in Eigenkompetenz oder im Rahmen des Budgets beschlossen. Gegen diese Massnahmen kann sich die Bevölkerung nur indirekt bei den nächsten Wahlen wehren. Einzig die vom Kantonsrat beschlossenen Gesetzesänderungen sind mittels Referendum anfechtbar. So verduzt, wie uns der Umgang vieler ParlamentarierInnen mit den Mitmenschen gemacht hat, so erstaunlich ist die Reaktion darauf. Dass Gewerkschaften und linke Parteien Bündnisse eingehen ist nichts Neues. Nun haben sich aber 28 Organisationen zur «Allianz für ein lebens-

wertes Zug» zusammengeschlossen und bekämpfen das kantonsrätliche Belastungspaket mittels Referendum. Für unseren beschaulichen Kanton ist das nicht nur eine absolute Premiere, sondern auch eine kleine, politische Sensation. «Kämpferische Zeichen im Herzen des Kapitalismus» wittert etwa das sozialistische Jugendmagazin «Der Funke» in seiner Berichterstattung bereits. Eine Revolution mag uns zwar kaum bevorstehen, aber eine Trendwende könnte sich deutlicher nicht abzeichnen. Binnen nur sieben Wochen und während der Sommerferien hat die neu gegründete Allianz 4707 Unterschriften für das Referendum gesammelt und sich somit einen gewaltigen Achtungserfolg gesichert.

Panikwort Steuererhöhung – wen juckts?

Ganz vorweg: Ja, wenn das Referendum Erfolg hat, wird es wahrscheinlich mittelfristig zu Steuererhöhungen kommen. Genau dies fordern die Alternativen ja schon seit langem. Gezielte, massvolle Erhöhungen bei jenen, die von der Tiefsteuerpolitik jahrelang profitiert haben und denen wir auch die hohen NFA-Kosten zu verdanken haben: bei privilegierten Firmen, AktionärInnen und GrossverdienerInnen.

Und: Nein, eine solch faire Aufteilung, etwa in Form einer steileren Steuerprogression, wird wohl kaum passieren. Von einer «mutmasslichen Kompensation durch Steuererhöhungen» sprach der Regierungsrat in seiner Antwort auf eine Anfrage, was denn ohne Sparpaket passieren würde. Im Klartext heisst das: Am Steuerfuss soll geschraubt werden. Das würde dann ja alle treffen und wäre auch nicht fair – oder?

Nicht ganz. Zwar steigt die Steuerrechnung nominal leicht. Das Onlinemagazin «zentral+» hat auch ausgerechnet, wie stark. Bei einem steuerbaren Einkommen (der Betrag, der nach sämtlichen Abzügen übrig bleibt)

von 50 000 Franken macht das eine Erhöhung von 124 Franken aus. Mal abgesehen davon, dass die Besteuerung immer noch rekordverdächtig tief bliebe, machen die wegfallenden Leistungen wohl einiges mehr aus. Erhöhte Gebühren, geschrumpfte Krankenkassen-Prämienverbilligungen, halbierte Fremdbetreuungsabzüge, gestrichene Mutterschaftsbeiträge: Man kann es drehen und wenden, wie man will, für Familien, Mittelstand und BuezerInnen kommt das Sparpaket teurer als eine kleine Steuererhöhung.

Zu weit gegangen

Arme, Alte, Kranke und Familien für die eigenen Fehler bezahlen lassen – dieses Mal ist die Regierung definitiv zu weit gegangen. Ob die

losgetretene Lawine tatsächlich das Regime der SteuerschmarotzerInnen begraben und für eine Trendwende sorgen wird, steht in den Sternen. Aber: Ich habe es noch nie erlebt, dass sich Unterschriften so einfach sammeln liessen und mir so viele fremde Leute ihre Entrüstung schilderten oder für meinen Einsatz dankten. Das stimmt mich enorm zuversichtlich. Den Worten von Anastas Odermatt, Fraktionschef der ALG, kann mensch sich nur anschliessen: «Die Stärke einer Gesellschaft zeigt sich daran, wie die Mehrheit mit den Minderheiten und den Schwächeren umgeht. Es darf nicht sein, dass Personen, die bereits benachteiligt sind, noch mehr benachteiligt werden. Darum ist das Referendum so wichtig.» ■

Wen trifft der Sparhammer? Ein Auszug.

Familien: Eigen- und Fremdbetreuungsabzug für Familien wird halbiert und Prämienverbilligungen werden geschrumpft.

Mütter: Komplettstreichung der kantonalen Mutterschaftsversicherung.

Gemeinwesen, Bildung, Sicherheit: Kürzungen für das gesamte kantonale Staatspersonal, Lehrpersonen und Polizei. Einsparungen bei Bildung, Schliessung von Polizeiposten.

Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderungen: Senkung der Ergänzungsleistungen für HeimbewohnerInnen um 25 Prozent.

Zuger Kultur und Schifffahrt: Für Zuger Projekte vorgesehene Lotteriegelder gehen neu in grossem Ausmass an den interkantonalen Kulturlastenausgleich. Die Schifffahrt auf den Zuger Seen ist bedroht.

Arbeitslose: Komplettstreichung der kantonalen Arbeitslosenversicherung

Allianz für ein lebenswertes Zug

Mitglieder

BCH – Dachverband Berufsbildung Schweiz, Pro Infirmis, S&E Schule und Elternhaus, Staatspersonalverband des Kantons Zug, Verband Zuger Polizei, Literarische Gesellschaft Zug, VCS Zug, avenir social, insieme, Cerebral, LVZ – LehrerInnenverband, SBK – Berufsverband Pflegefachleute, VSAO – Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte, OFRA Zug – Organisation für die Sache der Frau, LKBZ – LehrerInnen KBZ, Konvent der Kantonsschule, Gemeindepersonal-Verband, SEV, VPT Zug, VPOD Zug, Unia, Gewerkschaftsbund Zug, SP, Alternative – die Grünen, Juso, Junge Alternative, Christlich-Soziale Partei CSP, Piratenpartei

Weitere Informationen: www.sparpaket-nein.ch

Nein zum Bschiiss!

Prisca Birrer-Heimo, Nationalrätin Kanton Luzern

16

Nachdem schon die Unternehmenssteuerreform II ein grosses Loch in die Kassen von Bund, Kantonen und Gemeinden gerissen hat, versucht uns nun das bürgerliche Parlament erneut zu hintergehen. Mit der Unternehmenssteuerreform III (USR III) profitieren Unternehmen von übertriebenen Steuerprivilegien, welche die Bevölkerung durch Einbussen und Leistungskürzungen ausgleichen muss. Dagegen müssen wir uns wehren.

Die dritte Reform der Unternehmenssteuer – kurz USR III genannt – verfolgte ursprünglich einmal ein hehres Ziel. Sie sollte nämlich die Privilegierung ausländischer Holdingfirmen mit Sitz in der Schweiz abschaffen. Das tut sie auch – gewährt jedoch allen Unternehmen im gleichen Schritt einen immensen Steuererlass, dessen Kosten von der Schweizer Bevölkerung getragen werden müssen; durch Steuer-, Gebühren- und Prämien erhöhungen oder durch den Abbau von öffentlichen Leistungen. Einmal mehr hat so die bürgerliche Mehrheit im Parlament etwas durchgesetzt, was die Reichen reicher macht und den Mittelstand und die Arbeitnehmenden zusätzlich belastet. Nicht mit uns! Die SP, unterstützt von den Grünen, dem Gewerkschaftsbund, der Unia, weiteren Gewerkschaften, Jungparteien und anderen Organisationen, hat das Referendum ergriffen und möchte das Volk selbst darüber entscheiden lassen, ob es die Ausfälle durch die überrissenen Steuervorteile für Unternehmen tragen möchte.

Es drohen harsche Konsequenzen

Bei den Ausfällen handelt es sich um Beträge in Milliardenhöhe – beim Bund, aber auch bei den Kantonen und Gemeinden. Letztere werden direkte Auswirkungen auf die Kantons- und Gemeindesteuern der natürlichen Personen haben, denn wenn ein so grosser Betrag in der Kasse fehlt, muss und wird dieses Geld woanders eingeholt werden. Nebst Steuererhöhungen für Arbeitnehmende sind das meistens steigende Studiengebühren und höhere Preise für Krankenkassenprä-

mien und Zugbillette. Doch weil das kaum reichen wird, um die Milliardenlöcher zu stopfen, wird der Staat auch Leistungen streichen müssen. Wie so oft, dürfte der Sozialbereich besonders betroffen sein. Wir befürchten erneute Kürzungen bei den Prämienverbilligungen, der AHV, in der Bildung, in der Frühförderung, in der Kinderbetreuung, in der Integration oder im Regionalverkehr. Diesen Steueranstieg und diese Kürzungen werden wir alle unmittelbar spüren.

Ein reichhaltiges Buffet an Steuergeschenken

Kern der USR III ist eine sogenannte «Toolbox», welche verschiedene Steuerinstrumente beinhaltet, die den Kantonen zur Verfügung stehen. Der Kanton Zürich hat schon zugesagt, dass er alle «Tools» nutzen möchte. Darunter ist beispielsweise die sogenannte «Inputförderung», welche den Unternehmen einen Steuerabzug von unglaublichen 150 Prozent der Aufwendungen im Bereich Forschung und Entwicklung schenkt. Wenn also beispielsweise ein Unternehmen in diesem Bereich 100 000 Franken investiert, kann es das Eineinhalbfache, also 150 000 Franken, vom steuerbaren Gewinn abziehen – einfach so. Ein weiteres Tool bzw. Steuergeschenk ist die zinsbereinigte Gewinnsteuer, welche kapitalstarke Firmen begünstigen will. So erlaubt die zinsbereinigte Gewinnsteuer diesen Firmen, von einem Teil ihres Eigenkapitals einen fiktiven Zins von den Steuern abzuziehen. Nur wenige europäische Länder kennen diese Spezialsteuer. Belgien ist eines davon – und hat schon kurz nach

der Einführung negative Erfahrungen gemacht: Das Land hatte mit Steuerausfällen von 500 Millionen Euro pro Jahr gerechnet, real wurden Einbussen von 5 Milliarden Euro pro Jahr daraus! Kurz: Die Unternehmen dürfen sich aus einer Fülle von Steuerprivilegien bedienen, von denen wir Normalverdienerinnen und Normalverdiener nur träumen können.

Unternehmen sparen – Angestellte bezahlen

Am Ende haben sogar die Bürgerlichen in Bern kalte Füsse bekommen und eine Notbremse eingebaut. Damit die Einsetzung dieser Tools nicht zu einer Nullbesteuerung der Unternehmen führt, haben sie die Steuerentlastung auf maximal 80 Prozent festgesetzt. Im Klartext: Unternehmen müssen dank der USR III bis zu 80 Prozent ihres Reingewinns nicht versteuern! Die Bürgerlichen werben also allen Ernstes damit, dass die Unternehmen nach allen Privilegien doch noch 20 Prozent versteuern müssen. Nur: Welcher Angestellte kann einen Steuerrabatt von 80 Prozent geltend machen? Diese Massnahmen bewirken, dass Firmen, wenn sie alle Tools anwenden, ihre Steuerpflicht extrem drücken können. Ein Beispiel gefällig? Der Kanton Waadt hat für die Umsetzung der USR III bereits eine massive Senkung der Unternehmenssteuern beschlossen. In der Hauptstadt Lausanne zahlt ein Unternehmen noch 6,6 Prozent Kantons- und Gemeindesteuern. Fallen davon nochmals 80 Prozent weg, beträgt die Steuerbelastung noch lächerliche 1,3 Prozent! Ein Unternehmen, das eine Million steuerbaren Reingewinn ausweist, liefert Gemeinde und Kanton also noch 13 000 Franken ab. Das ist gleich viel, wie ein Ehepaar mit einem Einkommen von 80 000 Franken bezahlen muss. Mit Steuergerechtigkeit hat das nicht mehr viel zu tun.

Am Schluss fehlen Milliarden

Es stimmt, dass tiefe Steuern für Un-

ternehmen ein Standortfaktor sind. Die USR III berücksichtigt jedoch nur die Steuern, was sie zu einer einseitigen, kurzsichtigen Vorlage macht. Erstklassige Bildung, rechtliche und politische Sicherheit, ein funktionierender Sozialstaat und eine hervorragende Infrastruktur sind ebenso wichtige Voraussetzungen für eine wettbewerbsfähige Schweiz! Auch diese Bereiche müssen finanziert werden. Doch genau hier fehlen am Schluss die Milliarden, welche die Bürgerlichen den Unternehmen und reichen Aktionären schenken wollen. Um zu realisieren, von welcher Grössenordnung von Steuerausfällen wir sprechen und welche Bedeutung dieses Referendum hat, reicht ein Blick in die veröffentlichten Zahlen. Der Bund rechnet mit Ausfällen in der Höhe von mindestens 1,3 Milliarden – wiederkehrend pro Jahr wohlgermerkt. Die Zürcher Finanzdirektion (als Beispiel) rechnet mit Ausfällen von 285 bis 325 Millionen Franken für den Kanton und 360 bis 415 Millionen Franken für die Städte und Gemeinden. In vielen anderen Kantonen ist die USR III aber schlicht eine Blackbox, die Höhe der Ausfälle ist wegen der unberechenbaren «Toolbox» kaum seriös zu kalkulieren. Genau darum waren und sind viele Kantone dieser Unternehmenssteuerreform gegenüber skeptisch. So gab der Zürcher Finanzdirektor an der Pressekonferenz auch zu, dass der Kanton Zürich eine geringere Steuer senkung wollte. Schon jetzt muss er nämlich Leistungen kürzen: Bis 2019 sollen 1,8 Milliarden Franken im Finanzhaushalt gestrichen werden. Und damit ist Zürich nicht alleine: Für die Mehrheit der Kantone, die schon heute mit Schulden und Finanzproblemen kämpfen, ist die USR III ein neuer Schlag ins Genick.

Jetzt müssen wir handeln!

Dass die prognostizierten Folgen kein Schreckgespenst, sondern bittere Realität sind, zeigt ein Blick



auf die Mogelpackung USR II. Der damals federführende FDP-Bundesrat Merz bezifferte die Ausfälle auf einige hundert Millionen Franken. Doch die prognostizierten Ausfälle der USR II wurden ums Zehnfache übertroffen! Statt der angekündigten 0,9 Milliarden belief sich das Defizit auf unbeschreibliche 10 Milliarden, die mit schmerzhaften Einsparungen gedämpft werden mussten. Der Bundesrat wurde später vom Bundesgericht für seine Falschinformationen offiziell gerügt – ein einmaliger Vorgang in der Schweiz. Und trotzdem wiederholt sich die Geschichte, denn in der Botschaft zur Unternehmenssteuerreform III erklärte der Bundesrat, er «erachtet es als denkbar, dass die Einnahmehausfälle im Zeitpunkt der Inkraftsetzung über den Erwartungen liegen». Noch einmal dürfen wir uns eine Fehlkalkulierung von dieser Grösse nicht gefallen lassen, das Debakel mit der USR II darf sich auf keinen Fall wiederholen. Jetzt müssen wir handeln und verhindern, dass der Mittelstand und die Arbeitnehmenden einmal mehr zur Kasse gebeten werden. Kämpfen wir dafür, dass diese USR III zurückgewiesen und in einem neuen Anlauf eine faire, ausgewogene, gegenfinanzierte und verantwortungsvolle Steuerreform verabschiedet werden kann! ■

Sparopfer Jugend

Text Konradin Franzini, Co-Präsident Junge Alternative Zug
Bild BULLETIN

18

Auch wenn es noch nicht alle Jugendlichen in Zug wissen, hat das Sparpaket katastrophale Auswirkungen für unsere Generation. Sei es im öffentlichen Verkehr oder in der Schule, überall macht sich die rechte Austeritätspolitik bemerkbar. Deshalb haben auch die Jungen Alternativen das Referendum zum Sparpaket tatkräftig unterstützt. Unser Ziel muss es nun sein, der jungen Generation aufzuzeigen, wie sie von der unsocialen Sparpolitik direkt betroffen ist. Sei dies durch den Abbau des ÖV-Angebotes, oder durch höhere Kosten für Schulexkursionen und Bücher. Die Tiefsteuerepolitik, welche die bürgerliche Regierung des Kanton Zug seit Jahren verfolgt und auch weiterhin um jeden Preis verteidigen wird, bezahlen nun wir.

Am härtesten trifft es die Jugendlichen bei der Bildung. Die jetzt schon stark ausgelasteten Lehrpersonen müssen nun nebst Lohnkürzungen oder zumindest auf dem Niveau bleibenden Löhnen mehr Lektionen leisten. Hinzu kommen unbezahlte Stellvertretungslektionen, gekürzte oder ganz gestrichene Altersentlastung und grössere Schulklassen. Dies führt zu einer Verschlechterung des Bildungsstandards und einer enormen zusätzlichen Belastung für die Lehrpersonen. Im Abbau in der Bildung zeigt sich die Kurzfristigkeit der momentanen Politik. Denn Bildung ist der wichtigste Rohstoff, über den wir verfügen, und unser auch im internationalen Vergleich hervorragendes Bildungssystem ist das Kapital der Schweiz!

Weniger Geld für Kultur und Sport
Auch der massive Abbau im Freizeitwesen betrifft besonders die Jugend. So leidet insbesondere die Jugendkultur unter dem Sparwahn der bürgerlichen Mehrheit. Wie von den Jungen Alternativen bereits mehrfach kritisiert, soll der Anteil des nationalen Lotteriefonds, welcher für kantonale Projekte zur Verfügung gestellt wird, reduziert werden. Da nun sowieso noch mehr Ausgaben auf den Kanton zukommen, werden Institutionen wie der Galvanik und unzähligen anderen Vereinen, welche unverzichtbare Bestandteile der Zuger Jugend- und Alternativkultur sind, wichtige Beiträge fehlen. Beiträge, auf welche diese Vereine dringend angewiesen sind. Und auch bei Sportvereinen soll gespart werden, nämlich wer-

den für die gemeinnützig organisierten Vereine essenzielle J&S-Beiträge gekürzt. Für viele Freizeitsportler bedeutet dies höhere Mitgliederbeiträge und schlechteres Material. Und für die unzähligen Vereinsmitglieder, welche einen Teil ihrer Freizeit dafür hergeben, sich freiwillig und unbezahlt für einen guten Zweck zu engagieren, ist es einfach nur traurig und befremdend, dass ihre Arbeit von der bürgerlichen Regierung offenbar nicht wertgeschätzt wird.

Wir brauchen eine Wende

Diese Sparmassnahmen sind für Jung und Alt gleichermassen unverständlich. Während Firmen und Reiche im Kanton Zug eine rekordmässig tiefe Steuerbelastung geniessen, fehlt dieses wichtige Geld leider in vielen Bereichen im Kanton. Diese Lücke in der Kasse spüren Jugendliche, Eltern, Kranke, Eingeschränkte und Alte. Eine linke Wende ist im Kanton Zug wichtiger denn je. Der globale Steuerwettbewerb ist absolut unsinnig und gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Ökonomische Logik im Fiskalwesen bringt Nachteile für mindestens 90 Prozent der Bevölkerung, und nützt höchstens den reichsten 10 Prozent. Die Jungen Alternativen Zug fordern einen sofortigen Stopp der Abbaumassnahmen und faire Steuern für alle Privatpersonen, Holdinggesellschaften und Unternehmungen! Gerade wir im Kanton Zug leiden ganz sicher nicht darunter, dass zu wenig Mittel da sind. Im Gegenteil: Tagtäglich wird hier Geld in astronomischen Summen hin und her geschoben. Die Aufgabe der kantonalen Regierung sollte es sein, dafür zu sorgen, dass dieses Geld nicht vollumfänglich in der Hosentasche eines Rohstoff- oder Finanzgiganten verschwindet, sondern dass ein kleiner Teil davon der Allgemeinheit zukommt. Für unsere Jugend, für unsere Schulen, für unsere Vereine. Für uns alle. ■

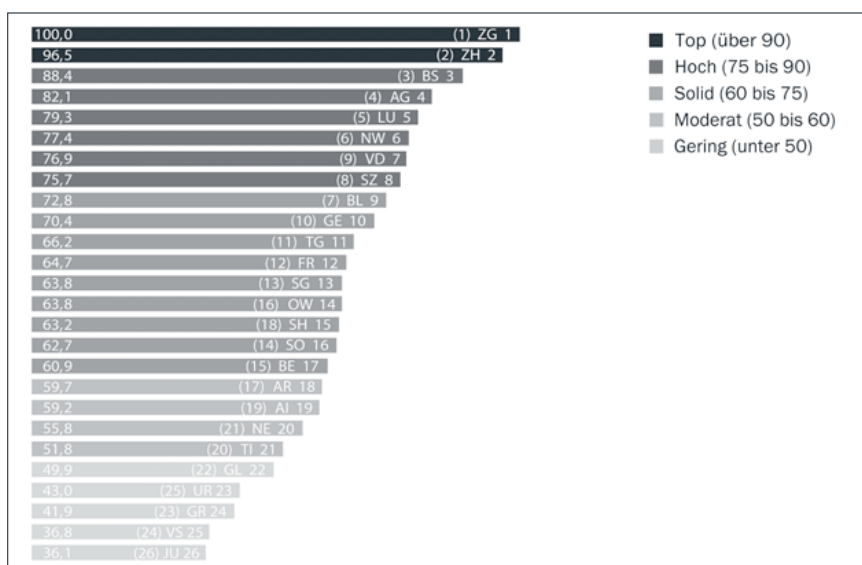


Sparen bei den Jungen? Was ist das für 1 Schweinerei!

Tiefe Steuern nicht entscheidend

Hans Baumann
Illustration work

Die Schweiz liegt in der Rangliste der wettbewerbsfähigsten Länder wieder fast ganz oben, nämlich auf Rang 2 nach Hongkong. Aber noch vor den USA und allen anderen europäischen Staaten.



Das zeigt die neuste Bewertung des Lausanner Businessinstituts IMD. Das hat allerdings wenig mit tiefen Steuern für internationale Unternehmen zu tun, wie dies Politikerinnen und Politiker häufig behaupten. Welche Faktoren für die Attraktivität eines Landes mitentscheiden, zeigt eine neue Studie der UBS. Sie analysiert die Kantone und Regionen der Schweiz nach ihrer Wettbewerbsfähigkeit und misst diese an acht Kriterien:

- Wirtschaftsstruktur
- Innovation
- Humankapital
- Arbeitsmarkt
- Erreichbarkeit
- Einzugsgebiet
- Staatsfinanzen
- Kostenumfeld

Kostenumfeld wichtig

Die Höhe der Unternehmenssteuern ist Teil des «Kostenumfelds». Dort sind aber zum Beispiel auch die Liegen-

schaftskosten enthalten. Es müssen also sehr viele Faktoren zusammenkommen, damit ein Land, ein Kanton oder eine Region wettbewerbsfähig ist und eine hohe Wirtschaftskraft aufweist. Tiefe Unternehmenssteuern sind nicht entscheidend. So gehören Kantone mit relativ hohen Unternehmenssteuern wie Zürich und Basel-Stadt zu jenen Regionen, die am besten abschneiden. Sogar Genf mit den schweizweit höchsten Steuersätzen steht relativ gut da. Einzelne Tiefsteuernkantone wie Zug und Schwyz mischen zwar auch oben mit. Aber gerade bei Schwyz ist klar, dass der Kanton im hohen Mass von den Vorteilen der Agglomeration Zürich profitiert. Insbesondere was den Arbeitsmarkt, die Erreichbarkeit angeht. Hingegen gibt es die Kantone mit sehr tiefen Unternehmenssteuern wie Glarus, Appenzell, Uri oder Graubünden, die trotz Tiefsteuerstrategie kaum eine Chance haben, wettbewerbsfähiger zu werden. Im Gegenteil: Die tiefen Steuern

schwächen die Kantonsfinanzen zusätzlich. Und die Kantone können ihre Infrastruktur nicht mehr finanzieren und geraten in eine Abwärtsspirale.

19

Neue Sparrunden

Die Unternehmenssteuerreform III würde diese Spirale verstärkt antreiben. Neue Steuerrabatte und eine Senkung der kantonalen Gewinnsteuern kommen allein den Unternehmen und Aktionären zugute. Sie werden die Kantons- und Gemeindefinanzen empfindlich treffen, neue Sparrunden in allen Bereichen einläuten und neue Infrastrukturprojekte erschweren. Diese Tiefsteuerstrategie wird den Wirtschaftsstandort Schweiz schwächen und nicht stärken. ■

Zug am Scheideweg

Red. Noch liegt Zug an der Spitze bei der Wettbewerbsfähigkeit. Aber das jahrzehntelang praktizierte Erfolgsrezept mit systematischem Steuerdumping Firmen und Arbeitsplätze anzusiedeln und damit die Steuerausfälle durch Wachstum auszugleichen, ist nun an seine Grenzen gestossen – und die Staatsfinanzen sind aus dem Lot geraten. Mit der Ankündigung von «Finanzen 2019» gesteht das die Zuger Regierung indirekt ein. Um 15 Prozent sollen die Staatsausgaben gekürzt werden – das geht nicht ohne massiven Leistungsabbau, welche einige der Erfolgsfaktoren für die Wettbewerbsfähigkeit lädieren wird. Und doch sind Steuererhöhungen immer noch nur das allerletzte Mittel im stramm bürgerlich regierten Kanton. Zug steht am Scheideweg – die Abstimmung über das «Belastungspaket» dank Referendum wird wegweisend sein.

Gewerkschaftszeitung «work»

Dieser Artikel erschien am 18. August 2016 in der Kolumne «1x1 der Wirtschaft» der Gewerkschaftszeitung «work» (www.workzeitung.ch). Die 36 Franken für das Abo der zweiwöchentlich erscheinenden Publikation lohnen sich!

Zwischenstation Gubel

Hansruedi Küttel
Bild Alfred Buck

20

Menschen machen sich aus verschiedenen Gründen auf die beschwerliche Reise nach Europa, oft mit klaren Zielen wie Deutschland oder Skandinavien: Krieg, Bürgerkrieg, Terror, Chaos, fehlende Perspektiven in ihrer Heimat gehören dazu. Nicht alle brauchen und erhalten Asyl im engeren Sinn des Begriffs.

Solche Menschen treffen wir im Kanton Zug an verschiedenen Orten, in verschiedenen Phasen ihres «Verfahrens». Nebst kantonalem Durchgangsheim (Steinhausen), Sammelunterkünften (z. B. Salesianum) und Privatwohnungen haben wir seit 1½ Jahren auch ein Bundes-Asyl-Zentrum auf dem Gubel in Menzingen. Die dort untergebrachten Personen sind grundsätzlich Leute mit wenig Chancen auf Asyl in der Schweiz, meist weil sie schon in einem anderen Schengen-Land ein Asylverfahren laufen haben. So gesehen ist das Zentrum auf dem Gubel ein «Ausreisezentrum», die Leute sind in der Regel zwischen vier und acht Wochen dort, bis sie den Kantonen zugeteilt werden, die den Asylentscheid, zum Beispiel eine Rückführung, umsetzen müssen. In den 1½ Jahren sind bereits über 2000 Personen durch das Zentrum Gubel gegangen. Das Zentrum wird ziemlich strikt geführt, so hat es eine klare Tagesstruktur und klar definierte Zeiten, wann die Flüchtlinge das Zentrum verlassen dürfen bzw. wann sie zurück sein müssen. Das SEM (Staatssekretariat für Migration) strebt an, dass die Leute etwa 40 Prozent der Zeit «beschäftigt» sind. Mehr Beschäftigung kann die Betreuungsorganisation nicht bieten oder organisieren, die personellen Mittel reichen dazu nicht. Unter anderem aus diesem Grund hat sich in Menzingen schon vor der Betriebsaufnahme des Bundeszentrums aus der Zivilbevölkerung die IG Zentrum Gubel gebildet, um mit ihren Mitteln und Möglichkeiten einige Lücken zu schliessen. Nebst konkreten praktischen Angeboten (IG-interner Fahrdienst, Beschaffung von Kleidern, Schuhen, Koffern, Spielsa-

chen, Zugang zum Internet, zu einer Bibliothek etc.) geht es vor allem um zwei Ziele:

- Menschen Kontaktmöglichkeiten und Zuwendung aus ihrer Umgebung anbieten
- Beitragen, dass Falschmeldungen richtiggestellt und Ängste abgebaut werden.

Wie wir wissen, hat die IG Zentrum Gubel trotz aller Einschränkungen in zwei am Rand des Zentrumsgeländes platzierten Baucontainern ein Atelier eingerichtet, in welchem engagierte Mitglieder sich auf vielfältige Weise den entwurzelten Menschen zuwenden. Es gibt regelmässig

- PC-Dienst
- Sprachunterricht (Deutsch) und kulturelle Themen für Erwachsene
- Zeichnen, Malen, Basteln, Spielen mit Kindern
- Wanderungen

Ein Tag ohne Impulse ist ein verlorener Tag

Gespräch mit Tony Mehr von der IG Zentrum Gubel

Bulletin: Ihr habt euch da eine wirklich nicht einfache Aufgabe gestellt als IG Zentrum Gubel. Respekt! Wie funktioniert denn nun die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen des Zentrums?

Tony Mehr: Das Betreuungspersonal und dessen Leitung reagieren sehr gut auf unseren Einsatz, nehmen die Zivilgesellschaft positiv wahr. Die Zentrumsleitung muss aber unsere Anstrengungen immer auch mit den Anforderungen und Auflagen des

Auftraggebers, des Staatssekretariats für Migration (SEM) abgleichen. Die Vorschriften sind von daher klar und streng, sie sollen in allen Bundeszentren gleich gelten.

Bulletin: Kannst du uns das an einem Beispiel zeigen?

Tony Mehr: Die Regeln bezüglich «gefährlichen» Gegenständen scheinen extrem. Obwohl dies eigentlich als sinnvoll und nützlich erschiene, dürfen Asylbewerberinnen und Asylbewerber nicht in der Küche des Zentrums arbeiten, weil sie dort Zugang zu Messern mit langen Klingen hätten. Gelernte Schneider unter den Asylbewerbern dürfen im Zentrum keine Schneiderarbeiten verrichten (Kleider reparieren, ändern, neu machen), weil eine Schere zu gefährlich ist. So führen sie solche Arbeiten bei uns im IG-Raum aus, bei der Rückkehr ins Zentrum darf dann aber keine Schere dabei sein!

Bulletin: Sind Ausnahmen möglich?

Tony Mehr: Nein. Die Mitarbeitenden der AOZ, welche das Zentrum führen, müssen sich an die vom SEM vorgegebenen Regeln halten.

Bulletin: Wir hören oft abschätzige Bemerkungen über die «Asylindustrie», also die Firmen oder Organisationen, welche solche Zentren betreiben. Welche Erfahrungen macht ihr da?

Tony Mehr: Das Zentrum Gubel wird von der AOZ, der Asylorganisation der Stadt Zürich, geleitet. Diese Leute machen einen guten Job, seriös, pflichtbewusst und menschlich. Wir erleben Leitung und Betreuende als positiv, engagiert und konstruktiv. Andere Organisationen oder Firmen waren schon mehrmals in den Medien Kritik ausgesetzt, die AOZ nicht.

Bulletin: Gibt es auch direkten Kontakt von euch zum SEM?

Tony Mehr: Ja, wir beobachten, dass das SEM, wenn auch vorsichtig, die

Zivilgesellschaft und ihr Engagement ernst nimmt. Es hat auch aus dem Beispiel «Gubel» gelernt: Ein Tag der offenen Tür vor der Eröffnung – es kamen über 700 Besucherinnen und Besucher – war für das SEM erstmalig, der Errichtung unseres IG-Raums stimmte das SEM dank dem beherzten Engagement einer Gemeinderätin relativ schnell und unkompliziert zu. Die Zivilen in Bundeszentren haben sich nun auch schweizweit zusammenschlossen (Plattform ZiAB) und sind direkte Gesprächspartner zum SEM.

Bulletin: Wo siehst du im Moment trotz eurem Engagement die grössten Lücken oder Defizite?

Tony Mehr: Klar bei den Kindern! Das Recht auf Bildung bedeutet, dass in jeder Phase der Kindheit angemessene Bildungsangebote verfügbar sein müssen, auch wenn ein Kind jetzt das Pech hat, zusammen mit den Eltern irgendwo auf der Welt für unbestimmte oder kurze Zeit in einem Provisorium leben zu müssen. Wie kann solchen Kindern regelmässig Schulbildung vermittelt werden? Die Motivation wäre da, die Eltern glücklich, wenn etwas für die Kinder angeboten wird. Woher aber nehmen wir Zivilen die Ressourcen, um einem solchen Auftrag gerecht zu werden? Wir schaffen jetzt zwei Nachmittage pro Woche. Da wäre der Kanton in der Pflicht, auch wenn es sich auf dem Gubel um ein Bundeszentrum handelt.

Für Kinder und Erwachsene gilt: Jeder Tag ohne Impulse ist eigentlich ein verlorener Tag. ■



Auf einer gemeinsamen Wanderung ein paar Brocken Deutsch lernen, sich über Kultur und Lebensweise austauschen und bei einem Bauern etwas Wasser oder ein Glas Most trinken.

IG Zentrum Gubel

Mitwirken:

tmehr@bluewin.ch, 041 755 10 35

Unterstützen:

IBAN CH25 8145 7000 0031 0059 5

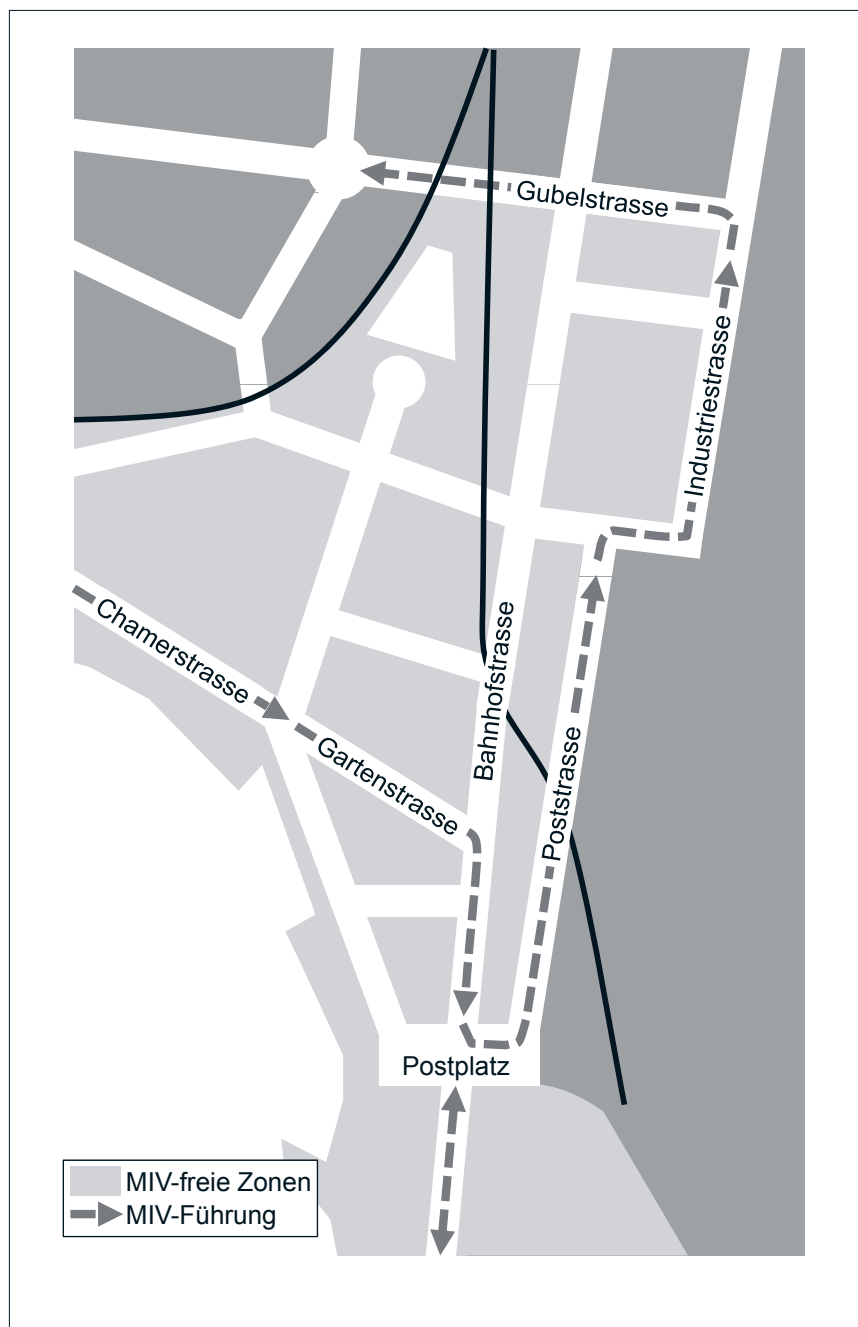
Mehr wissen:

<http://asylbrücke.ch/IG-Gubel>
und <http://www.plattform-ziab.ch/>

Zug ist ideal für Einbahn

Philipp Kissling
Bild BULLETIN

22 Mit der Ablehnung des Stadttunnels durch das Zuger Stimmvolk im Jahre 2015 wurde der Weg frei für neue Verkehrsmodelle in der Stadt Zug. Dieser Artikel diskutiert einen neuen möglichen Ansatz.



Autos im Einbahnverkehr durch die Innenstadt: Effizient und mit viel Platz für Velos und FussgängerInnen.

Die Idee für diesen neuen Ansatz basiert auf dem Ziel, möglichst viele Gebiete der Innenstadt vom motorisierten Individualverkehr (MIV) zu befreien. Dies soll durch eine effizientere Aufteilung des Gesamtverkehrs auf die verschiedenen Verkehrsmittel – eine Verbesserung des sogenannten Modal Splits – erreicht werden.

Kopenhagen ist eine der Vorzeigestädte in Sachen Modal Split. Einerseits wird dem Veloverkehr gleich viel Platz wie dem MIV und dem öffentlichen Verkehr zugestanden. Andererseits gehört die direkteste Linie nach Möglichkeit den Velofahrenden. Dies hat dazu geführt, dass in Kopenhagen inzwischen mehr als die Hälfte des Gesamtverkehrs Velofahrten sind.

Zug ist ideal für Einbahnverkehr

Die Innenstadt der Stadt Zug verfügt im Norden mit der Industrie-/Poststrasse und der Bahnhof-/Baarerstrasse über zwei leistungsfähige, parallele Strassenachsen. Werden diese zwischen dem MIV und dem Veloverkehr aufgeteilt, muss der MIV im Einbahnverkehr geführt werden, damit sämtliche Parkhäuser trotzdem erreicht werden können. Die zweite Spur kann dann für sichere Velospuren im Gegenverkehr verwendet werden.

In der Bahnhofstrasse könnte die Velospur in die Vorstadt verlegt werden und damit die freigewordene Auto-Spur für den Fussverkehr und den ÖV verwendet werden.

Für den MIV würde in der Stadt zwar weniger Platz zur Verfügung stehen, die Effizienz wäre aber unter Umständen sogar verbessert, denn durch eine konsequente Verkehrsführung werden sehr viele Konfliktpunkte wegfallen. Die Hauptschleife der Einbahn führt von der Chamerstrasse über die Gartenstrasse in die Bahnhofstrasse Richtung Postplatz. Dadurch wird die Vorstadt vom MIV befreit. Weiter führt sie über die Poststrasse in die Indus-

triestrasse Richtung Norden in die Gubelstrasse. Eine weitere Schlaufe wäre mit Industrie- und Baarerstrasse nördlich der Gubelstrasse möglich. Interessant ist vor allem der Postplatz: Er wird nur noch einen Konfliktpunkt haben, nämlich die Einfahrt in Richtung Poststrasse von der Baarer- und Bahnhofstrasse. Dies ist mit einem einfachen Reissverschlussprinzip möglich.

Vorteile dank Begleitmassnahmen

Um das System effizient zu gestalten, muss der Verkehrsfluss hochgehalten werden. Dies wird erreicht, indem die Zufahrten mit Pfortnersystemen ausgestattet werden. Bei zu grossem Verkehrsaufkommen werden nur so viele Fahrzeuge in die Stadt gelassen, dass das Verkehrssystem leistungsfähig bleibt. Eine weitere Massnahme ist die Aufhebung der Aussenparkplätze. Dies soll verhindern, dass der Verkehrsfluss durch Parkmanöver gestört wird. Dabei würde auch der PP-Suchverkehr stark reduziert. Eine zusätzliche Temporeduktion erhöht den Verkehrsfluss und somit die Effizienz.

Zusammengefasst bietet die neue Verkehrsführung folgende Vorteile:

- mehr Platz für den Langsamverkehr
- weniger Lärm durch weniger Konfliktpunkte
- weniger motorisierten Individualverkehr, auch für das Umland, durch konsequente Förderung und attraktive Gestaltung des Veloverkehrs
- erhöhte Sicherheit aufgrund tieferer Konfliktpunkte
- mehr MIV-freie Zonen
- geringere Emissionen

Ein wichtiger Nebeneffekt ist, dass die grossen Einkaufszentren Metalli, Neustadt, Manor und Coop-City inklusive Bahnhof in einer grossen MIV-freien Zone liegen würden. Die

grossen Menschenströme zwischen diesen Zentren beeinträchtigen heute den Verkehrsfluss stark. Diese Behinderungen wären mit dem neuen Verkehrskonzept nicht mehr vorhanden.

Vorteile gegenüber Stadttunnelvariante

Im Gegensatz zu einer Umfahrung im Berg sind die Kosten und das Risiko einer Kostenüberschreitung sehr gering und auch der Unterhalt und die Sanierungen werden dementsprechend günstiger sein. Dazu kommt, dass die Kapazität für den MIV nur gering erhöht wird und damit das restliche Strassennetz nicht zusätzlich belastet wird. Umweg-Fahrten sind mit diesem System zwar auch nicht zu vermeiden, werden aber viel kleiner sein, als sie beim Grossprojekt mit Tunnel vorgesehen gewesen waren. Verkehrsplaner sind sich einig, dass der MIV in den Städten kein Zukunftsmodell ist und suchen nach neuen Lösungen. Ein Stadttunnel wäre für diese Lösungen eher hinderlich gewesen, da er den Handlungsspielraum stark eingeschränkt hätte. Mit der Nutzung der vorhandenen Infrastruktur sind keine zusätzlich Bauten notwendig, welche mögliche Lösungen unnötig behindern. Der Nachteil gegenüber dem Stadttunnel ist jedoch, dass man die Durchfahrt zwar nicht MIV-frei gestalten kann, was aber beim Stadttunnelprojekt auch nur teilweise vorgesehen war. ■

Vorschlag zur Verkehrsbefreiung

Haben Sie einen Vorschlag zur Verkehrsbefreiung oder -beruhigung in der Stadt Zug? Wir laden Sie ein, uns ihre Vorschläge zu schicken. Die Redaktion entscheidet über ihre Veröffentlichung. Die Redaktion freut sich auf Zuschriften an redaktion@bulletin-zug.ch.

Herzlichen Dank!

Am Scheideweg

Martin Stuber, Copräsident Komitee Zimmerberg light, Zug
Illustration BULLETIN

24

Die Schweiz war in der Lage, als kleines Land mit grossem finanziellem Einsatz den längsten Eisenbahntunnel der Welt durch teilweise schwieriges geologisches Gelände zu bauen. Scheitert sie nun an der Herausforderung, die Kapazitäten der Bahninfrastruktur im ganzen Land zeitgerecht so auszubauen, dass es finanziell verkraftbar ist und eine substanzielle Verschiebung des modal split vom Auto hin zum Schienen-ÖV ermöglicht wird?

Hinter den Kulissen ist in Bern der Basar angelaufen – wer bekommt beim Ausbau der Bahninfrastruktur im Rahmen des Ausbauschnittes 2030 bis wann was, und wie viel Geld wird dabei zur Verfügung stehen. Dabei scheint sich niemand um die Fragestellung zu kümmern, wie sich das Gesamtsystem Schiene in den nächsten 30 bis 50 Jahren entwickeln

und in der NZZ vom 16. Juli 2016 neue Ansätze zur Weiterentwicklung des Bahnnetzes bis 2050 vorgestellt.

Mehr Tangentialverbindungen

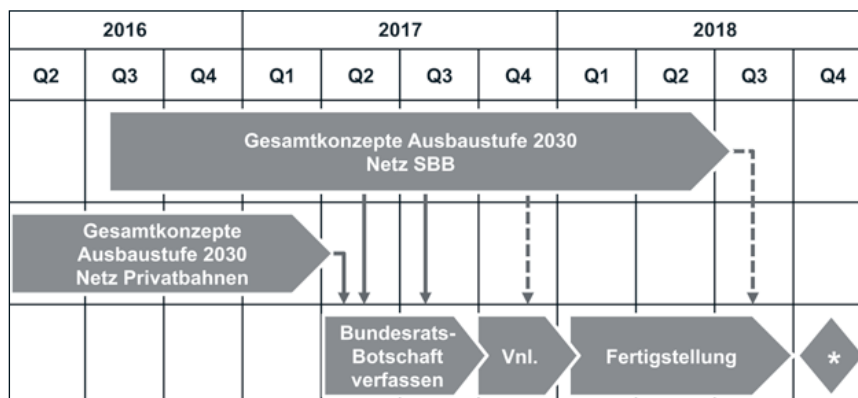
Absolventen des Instituts für Verkehrsplanung und Transportsysteme an der ETH legen in neuen Masterarbeiten Alternativen vor zum heutigen System des integrierten Takt-

den wachsenden Subzentren rund um die grossen Städte um durchschnittlich 10 Minuten oder rund 20 Prozent verkürzen liessen.» Für Zug direkt relevant ist der Vorstadtbahnhof Thalwil, der ausgebaut würde. Womit wir wieder bei Zimmerberg light wären ...

Der NZZ-Artikel ist auf der Website www.zimmerberg-light.ch abrufbar.

Wer macht den ersten Schritt?

Ende 2017 soll die bundesrätliche Botschaft Ausbauschnitt 2030 zuhanden des Parlamentes in die Vernehmlassung gehen. Dann wird sich zeigen, ob das BAV, ob die Exekutive bereit ist, das Gesamtsystem Schiene neu zu denken. Wenn nicht, muss entweder das Parlament aktiv werden oder DER grosse Verkehrsverband, welcher eine Änderung des modal splits als Zielsetzung hat. Bisher hat der VCS sich stark auf die Verteilung der Geldmittel konzentriert. Es ist Zeit, sich vermehrt konzeptionell darum zu kümmern, wie die Geldmittel optimal eingesetzt werden. Das Bahnsystem in der Schweiz steht am Scheideweg, einen grossen Tunnel bohren zu können, reicht nicht mehr.



So sieht der Gesamtterminplan des Ausbauschnittes 2030 bis zur Verabschiedung der Botschaft (*) zuhanden des Parlamentes aus (Vnl = Vernehmlassung).

soll. Doch, in der NZZ beschäftigt sich der Bahnjournalist Paul Schneeberger immer wieder damit. Dabei kommt ihm zugute, dass er einen soliden fachlichen Hintergrund als Raumplaner hat und die Sache in grösseren Zusammenhängen sieht. In der NZZ hat er im November 2015 einen in der Branche viel beachteten Artikel mit dem Titel «Ein Ideenwettbewerb für die Bahn» publiziert, in dem er auf die Grenzen des heutigen Bahnsystems hinweist und einen «Wettbewerb konzeptioneller Ideen» fordert. Nun hat er nachgelegt

fahrplans mit Anschlussknoten in den grossen Bahnhöfen. Dabei wird die tatsächliche Raumentwicklung berücksichtigt, nämlich das grosse Wachstum in den Agglomerationsgemeinden rund um die Zentren. Diese werden mit Tangentiallinien besser vernetzt, das Resultat sind Fahrzeitreduktionen und weniger Umsteigen. Zitat NZZ: «Anhand von rund 3000 Fernverkehrsverbindungen zwischen Gross-, Sub- und Mittelzentren im Raum Zürich–Luzern hat Dominic Stucki ausgerechnet, dass sich Fahrten mit Start oder Ziel in



Zentralplus war angetreten mit dem Anspruch, die mediale Monopolsituation auch in Zug zu brechen. Finanziert wird es ja auch von Zug aus. Der krampfhaftige Versuch, dabei nicht als links zu erscheinen und eine weitere **Boulevardisierung** nach dem Relaunch hat dazu geführt, dass es in Zug kaum noch gelesen wird. Schon gar nicht von Linken. Denn solche Sätze liest man nicht mal in der NeuenZZ: «Dass viele Liegenschaftsbesitzer das Maximum rausholen, ist zwar legitim ...»

Dafür hat der **Chefredakteur** unseren Befund auf den Punkt gebracht, mit einem seiner seltenen Kommentare – und einer daneben platzierten unfreiwillig passenden Illustration ...



In der Rubrik «Zitat des Jahres» siegt Strafrechtsprofessor Marcel Niggli mit einer kürzlich gemachten Aussage in der WoZ.

Frage: «**Lohnen sich Verbrechen?**»

Antwort: «Na klar. Mit einer Einschränkung: Ein Verbrechen lohnt sich nur dann, wenn es die Aus-

nahme ist. Eine Gesellschaft ist nicht deshalb stabil, weil sie keine Regelbrüche kennt, sondern weil die meisten Leute die meiste Zeit die meisten Regeln einhalten.»

Jeder Investmentbanker wird ihm zustimmen.

Keinem handelsüblichen Verbrechen, aber einem «abverheiten» Software-Update wäre ums Haar die Crédit Suisse zum Opfer gefallen. Nur dank dem Online-Newsportal «In\$ide Paradeplatz» wurde es bekannt: «Wenn eine Bank 48 Stunden lang **stillsteht**, ist sie tot, sagen Experten. Bei der CS waren es am Freitag 24 Stunden.» War halt Freitag, der 12. (August), nicht Freitag der 13.

Tipp an «Zentral+»: Macht mal einen **Stage** bei In\$ide Paradeplatz.

Einen Stage bei den Jungliberalen empfehlen wir der Linken – damit sie sich einstellen kann auf das, was da kommen wird in Sachen Altersvorsorge. Eine schnippische Jungliberale brachte es an einem

Abstimmungsstand in Zug auf den Punkt: **Die AHV** müsse mit Rentenaltererhhung saniert werden und wenn die Alten das nicht mitmachen, gäbe es einen Aufstand der Jungen, SIE würden ja sowieso keine AHV mehr bekommen. Selffulfilling prophecy nennt sich das.

Die Finanzen nicht im Griff hatte der nach Bern weggelobte P. H. aus M. Sehr glaubwürdig deshalb sein Insertli gegen die AHV-Plus-Initiative: Die AHV befinde sich in finanzieller Schieflage, keine schädlichen Experimente bitte. Als **schädliches Experiment** entpuppt sich nun die hegglinische Steuerpolitik, angesichts der aktuellen Schieflage der Zuger Finanzen.

Als **Obersupersparer** die drei bürgerlichen Parteien rechts berholen und politisches Kapital aus dem Versagen des ehemaligen CVP-Finanzministers schlagen – das versucht der frhpensionierte GLP-Kantonsrat Daniel Stadlin. Vielleicht ist es aber auch nur ein Versuch, das eigene schlechte Gewissen zu beruhigen – in den über 20 Jahren Staatsdienst ist er erstaunlich jung geblieben.

Eher etwas älter ist der neue Vizepräsident des Zuger Kantonsrates, Daniel Thomas Burch, Ex-Fraktionschef der FDP. Oft wird das **Kantonsratsprsidium**, für das Burch

2017/2018 das Glggli schwingen wird, als Sprungbrett für höhere Weihen genutzt, zuletzt – leider erfolglos – von Hubi Schuler für den Nationalrat. Zeitlich passen würden die Regierungsratswahlen 2018. Für die ist Burch dann aber zu alt. Von den Jüngeren wollte offenbar niemand. Hat die FDP 2018 eine personelle Baustelle?

Immer wieder **gröbere Baustellen** hat der städtische Bauchef Andr  Wicki. Weshalb das in der NeuenZZ eher kaum wirklich ein Thema ist, wissen wir jetzt von Facebook. Der sich als Journalist bezeichnende Charly Keiser, dessen Kürzel kk. bekanntlich für Keiser und Kleeb steht, kann's auch prima mit Andr  Wicki (bis und mit gemeinsamen Ferien am Strand?):





26

Den – Gürtel – enger – schnallen

Schon wieder: Der Zuger Finanzdirektor präsentiert den nächsten Sparhammer aus dem bürgerlichen Lager. Und immer, wenn es ums Sparen geht, hören wir Floskeln wie «Das Notwendige vom Wünschbaren trennen» oder «Den Gürtel enger schnallen». Dass für die gut betuchte Zuger Elite vor allem tiefe Steuern wünschbar sind, darüber müssen wir uns nicht tiefgründig unterhalten. Was hat es aber mit der Aussage «Den Gürtel enger schnallen» auf sich? In Anbetracht der rund 800 Millionen vom Hunger betroffenen Menschen auf unserer Erde ist diese Aussage schlicht pervers. Gemäss UNO-Kinderhilfswerk UNICEF leidet jedes vierte Kind an Hunger. Aktuell erreichen uns stetig neue Meldungen über den Krieg in Syrien. Die Menschen in den vom Krieg stark betroffenen Regionen sind nebst der Gefahr von oben auch von Hunger betroffen. Mütter können deshalb ihre Babys nicht mehr stillen, Kinder essen Gras von den Wiesen. In Anbetracht dieses Schicksals ist es an der Zeit, dass die Zuger Bürgerlichen erkennen, dass wir einerseits noch Lichtjahre davon entfernt sind, den Gürtel enger schnallen zu müssen. Und andererseits braucht es endlich die Erkenntnis, dass eine Gesellschaft nur dann

funktioniert, wenn sie alle Menschen mit einschliesst.

Andreas Lustenberger
Präsident Alternative –
die Grüne Zug



Im Gotthard um die Welt
Wie jedes Jahr im Herbst findet im Kino Gotthard die Trigon-Filmreihe «Im Gotthard um die Welt» statt. Folgende Filme sind im Oktober noch zu sehen:

Pyaaasa
(1957 in Indien gedrehtes Meisterwerk)
Montag, 17. Oktober,
20.15 Uhr,
im Kino Gotthard

Tanna
(Romeo und Julia in der Südsee)
Montag, 24. Oktober,
20.15 Uhr,
im Kino Gotthard

Ken Bugul – Personne n'en veut
Montag, 7. November,
20 Uhr,
im Kino Gotthard

Als letzten Film der Trigon-Filmreihe zeigt FLIZ Silvia Vosers eindringliches Filmporträt der senegalesischen Schriftstellerin Ken Bugul, Autorin des Bestsellers «Die Nacht des Baobab». Ken Bugul weiss, was es heisst, als schwarze Frau unter (!) Weissen zu leben. Diese Erfahrung teilt sie mit Millionen afrikanischen Frauen, die um ihre Rechte und insbesondere ihr Recht auf Anerkennung als vollwertigen Teil der Gesellschaft ringen. Ihnen will die Schriftstellerin Mut machen, oder wie sie in einem ihrer Bücher schreibt: «Man muss sich trauen, «ich» zu sagen.

Freiheit bedeutet, den Mut zu haben, anders zu sein.»

Ken Bugul ist im Kino anwesend



Vocal Acrobats
Montag, 12. Dezember,
20 Uhr,
im Kino Gotthard

Klemens Schiess porträtiert zwei höchst unterschiedliche Persönlichkeiten aus der Jazz-Szene: Leïla Martial, Sängerin aus Paris und Andreas Schärer, Sänger aus Bern. Nur «schön» singen reicht den beiden Vokalkünstlern nicht, sie forschen und experimentieren mit ihren Stimmen bis an die Grenzen. Von tiefsten Abgründen bis zum Schönklang nutzen sie alle Facetten, um sich auszudrücken. JedeR auf seine Weise mit allerlei Witz, Würze und einem Augenzwinkern. Als Zugabe gibt es nach dem Film ein **Konzert mit Andreas Schärer und Leïla Martial im Kino**



Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug



**Mittwoch, 5. Oktober,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**

ab 18.30 Uhr im Siehbach-
saal Chamerstrasse 33, Zug,
mit Köchinnen und Köchen
der Grünen Steinhausen,
Multiwatch stellt das neue
Buch zu Syngenta vor

**Samstag, 12. Oktober,
Delegiertenversammlung
Grüne Schweiz**
Solothurn

**Mittwoch, 2. November,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**

ab 18.30 Uhr im Siehbach-
saal Chamerstrasse 33, Zug,
mit Köchinnen und Köchen
der CSP, Themenabend
Atomausstieg

**Sonntag, 27. November,
Abstimmungssonntag**

**Mittwoch, 7. Dezember,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**

ab 18.30 Uhr im Siehbach-
saal Chamerstrasse 33, Zug,
mit Köchinnen und Köchen
der Jungen Alternative
mit Gastreferat von Brigit
Eriksson-Hotz, Rektorin der
Pädagogischen Hochschule
Zug

**Die Alternativen im
Kanton Zug**

**Alternative – die Grünen
Zug**

Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:
Mo und Do 9–16 Uhr
E-Mails an:
info@alternative-zug.ch
werden von Mo–Fr
bearbeitet.

**Alternative – die Grünen
Baar**

Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

**Alternative – die Grünen
Menzingen**

Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen
Unterägeri**

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen
Stadt Zug**

Thomas Ehrensperger
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

(ehemals Gleis 3 Alternative
Risch)
Heinz Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Edith Seger Niederhauser
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Junge Alternative Zug

Alessandro Perucchi und
Konradin Franzini
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge.alternative@gmx.ch

Krifo Alternative Cham

Sha Ackermann und
Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne
Fraktion im Kantonsrat**

www.alternativefraktion.ch/
kantonsrat.html

Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch

Facebook 
fb.com/AlternativeZug

Twitter 
@AlternativeZG

Namentlich gezeichnete
Artikel unterliegen der al-
leinigen Verantwortung der
AutorInnen. Die Inhalte der
Artikel entsprechen nicht in
jedem Fall der Meinung des
Vorstands oder der Fraktion
der Alternativen – die Grünen.

BULLETIN
Nr. 3, September 2016
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chioldi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Hansruedi Küttel
Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorin: Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling-Papier)

Titelbild: Paula Gisler

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6300 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 4/2016:
Freitag, 25. November 2016

Erscheinungsdatum
Samstag 17. Dezember 2016

DAS BULLETIN
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

